PROGRAMM DES LITAUISCHEN VORSITZES IM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

PROGRAMM DES LITAUISCHEN VORSITZES IM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

1. JULI – 31. DEZEMBER 2013

EU2013.LT

Visit the Presidency website

FÜR EIN GLAUBWÜRDIGES, WACHSENDES UND OFFENES EUROPA

INHALT

I TEIL: ANSATZ DES LITAUISCHEN VORSITZES 3

II TEIL: GLAUBWÜRDIGES, WACHSENDES UND OFFENES EUROPA 4

A. GLAUBWÜRDIGES EUROPA 4
- A 1. Nachhaltige Finanzen 4
- A 2. Bessere wirtschaftspolitische Steuerung 5
- A 3. Kampf gegen Steuerhinterziehung und Betrug 5
- A 4. Europa der Bürger 6

B. WACHSENDES EUROPA 6
- B 1. Zukunftsorientierung 6
- B 2. Digitale Agenda, Forschung und Innovation 7
- B 3. Effizienter Binnenmarkt 7
- B 4. Binnenmarkt für Energie 8
- B 5. Förderung des sozialen Zusammenhalts 9
- B 6. Nachhaltiges Wachstum 9
- B 7. Europa der Makroregionen 9

C. OFFENES EUROPA 10
- C 1. Europa der sicheren Nachbarschaft 10
- C 2. Erweiterungsagenda 10
- C 3. Handel für Wachstum 11
- C 4. Effektive Verwaltung der Außengrenzen 11
- C 5. Globale Führungsposition Europas 12

III TEIL. DIE TAGESORDNUNG DES LITAUISCHEN VORSITZES NACH DEN EINZELNEN RATSFORMATIONEN 13

A. ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN 13
- A 1. Mehrjähriger Finanzrahmen 13
- A 2. Kohäsionspolitik 13
- A 3. Europäisches Semester 14
- A 4. Makroregionale Strategien 14
- A 5. Regionen in äußerster Randlage 14
- A 6. Erweiterung 15
- A 7. Institutionelle Fragen 15
- A 8. Integrierte Meerespolitik 16
- A 9. Nukleare Sicherheit 16

B. AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN 17
- B 1. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik 17
- B 2. Europäische Nachbarschaftspolitik 18
- B 3. Gemeinsame Handelspolitik 19
- B 4. Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern 21
- B 5. Entwicklungspolitik 21
- B 6. Humanitäre Hilfe 21

C. WIRTSCHAFT UND FINANZEN 22
- C 1. BEU-Haushalt 2014 22

C 2. Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion 23
C 3. Bankenunion 23
C 4. Stärkung der Regulierung der Finanzmärkte 23
C 5. Steuern 24
C 6. Kampf gegen Schmuggel und andere Formen des illegalen Handels 24
C 7. EU-Vertretung bei G20 25

D. JUSTIZ UND INNERES 26
D 1. Justiz 26
D 2. Inneres 28

E. BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 31
E 1. Bessere Beschäftigungsmöglichkeiten – Fokus auf junge Menschen 31
E 2. Rechte der Arbeiter 31
E 3. Sozialinvestitionen 32
E 4. Sozialdimension der Wirtschafts- und Währungsunion 32
E 5. Gleichbehandlung von Männern und Frauen 32
E 6. Nicht-Diskriminierung 33
E 7. Vertretung der Europäischen Union bei G20 33
E 8. Gesundheit 33

F. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT 35
F 1. Binnenmarkt 35
F 2. Geistiges Eigentum 36
F 3. Intelligente Regulierung und kleine und mittelständige Unternehmen 36
F 4. Industrie 36
F 5. Modernisierung der öffentlichen Verwaltung 37
F 6. Unternehmensrecht 37
F 7. Verbraucherrechte 38
F 8. Zusammenarbeit der Zollämter 38
F 9. Tourismus 38
F 10. Forschung 39
F 11. Weltraum 39

G. VERKEHR, TELEKOMMUNIKATIONEN UND ENERGIE 40
G 1. Verkehr 40
G 2. Einheitlicher digitaler Markt 41
G 3. Energie 42

H. LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI 44
H 1. Landwirtschaft 44
H 2. Fischerei 45
H 3. Tiermedizin, Lebensmittelsicherheit und Pflanzenschutz 45
H 4. Forstpolitik 45

I. UMWELT 47
I 1. Effektiver Umweltschutz 47
I 2. Klimawandel 48
I 3. Internationale Zusammenarbeit 49

J. BILDUNG, JUGEND, KULTUR UND SPORT 50
J 1. Bildung und Lehre 50
J 2. Jugend 51
J 3. Kultur und Audiovisuelles 51
J 4. Sport 52

I TEIL: ANSATZ DES LITAUISCHEN VORSITZES

In der zweiten Jahreshälfte 2013 wird Litauen zum ersten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (im Folgenden EU) übernehmen. Es ist eine große Verantwortung für Litauen und seinen öffentlichen Dienst, aber auch eine Gelegenheit, unser Land zu präsentieren, unsere Beziehungen mit Europa zu stärken und zum allgemeinen Wohlbefinden der europäischen Bürger beizutragen.

Litauen wird seine Anstrengungen auf die Verstärkung der EU-Fähigkeiten für eine angemessene Reaktion auf die wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und energiepolitischen Herausforderungen konzentrieren. In diesem Zusammenhang wird man sich zuerst darum bemühen, den vereinbarten Verpflichtungen gegenüber den EU-Bürgern nachzukommen. Der Schwerpunkt wird auf die weitere Stärkung der finanziellen Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit sowie auf die Verwirklichung der Wachstumsziele gelegt. Eine tiefere Integration der EU und Stärkung des Binnenmarktes, einschließlich des Energiebereichs, wird neue Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bringen, vor allem unter Jugendlichen, und zudem das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell stärken. Die Offenheit der EU für neue Mitglieder, Nachbarn und Handelspartner wird nicht nur die Wirtschaft der EU voranbringen, sondern auch die Ziele der EU bekräftigen – die Entwicklung eines wohlhabenden, friedlichen, demokratischen, freien und offenen Europas.

Im Zuge seines Vorsitzes wird Litauen unparteiisch und ehrlich mit den EU-Mitgliedstaaten und Institutionen zusammenarbeiten. Aktiver Dialog und enge Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Präsidentschaftsagenda. Litauen hat die Wirtschafts- und Finanzkrise überwältigt und wird während des Vorsitzes im Europäischen Rat den gleichen Prinzipien der Effizienz und Ergebnisorientierung folgen. Bei der Sicherstellung der Kontinuität der EU-Agenda, wird Litauen auf der Grundlage des 18-Monatsprogramms der Troika aktiv mit den Troika-Partnern (Irland und Griechenland) zusammenarbeiten.

II TEIL: GLAUBWÜRDIGES, WACHSENDES UND OFFENES EUROPA

Litauen wird während der Präsidentschaft folgende Zielsetzungen haben:

• Glaubwürdiges Europa (engl. Credible Europe) mit einem stabilen Finanzsektor und öffentlichen Finanzen, einer effektiven, wachstumsorientierten wirtschaftlichen EU-Ordnungspolitik sowie einem größeren sozialen Zusammenhalt

• Wachsendes Europa (engl. Growing Europe) durch höhere Investitionen in Forschung und technologische Entwicklung, eine tiefere Integration des Binnenmarktes, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und nachhaltigen Sozialschutz,

• Offenes Europa (engl. Open Europe), das in der Lage ist, sich effektiv globalen Herausforderungen zu stellen, das die demokratischen Werte verbreitet, eine sichere Umwelt schafft und aktiv die Rechte der EU-Bürger verteidigt.

A. GLAUBWÜRDIGES EUROPA

2013 ist entscheidend bei der Überwindung der Konsequenzen der globalen Finanzkrise. Litauen wird während des Vorsitzes im Rat der EU ihre Bemühungen darauf konzentrieren [engl. focus], die Voraussetzungen für ein langfristiges und nachhaltiges Wachstum in Europa zu schaffen. Deshalb ist es notwendig, die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu erhöhen, die verantwortungsvolle Politik der öffentlichen Finanzen und notwendige Strukturreformen fortzuführen, um das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherzustellen, damit günstige Bedingungen für Investitionen in die Wirtschaft gewährleistet und ausgebaut werden.

Auf dem Wege der Erholung nach der globalen Finanzkrise und bei der Stärkung der Institutionen der Wirtschafts- und Währungsunion, ist die EU auf außergewöhnliche Herausforderungen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung gestoßen. In den vergangenen Jahren und in der letzten Zeit hat die EU wichtige wirtschaftliche und finanzielle Entscheidungen getroffen, die nun bei der Entwicklung des für Wirtschaftswachstum günstigen wirtschaftlichen und sozialen Umfelds und zur Gewährleistung der finanziellen Stabilität als Grundpfeiler dienen.

A 1. Nachhaltige Finanzen

Die EU hat wichtige Vereinbarungen für die weitere Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion erreicht. Strengere Überwachung der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten, deren Grundsätze in dem seit 2012 wirksamen zwischenstaatlichen Vertrag und im zweiten Paket zur wirtschaftspolitischen Steuerung verankert sind, wird eine nahtlose und nachhaltige Umsetzung der Finanzpolitik aller EU-Mitgliedstaaten gewährleisten. Für die an finanziellen Schwierigkeiten leidenden Mitgliedstaaten wurde der Anwendungsbereich des Europäischen Stabilitätsmechanismus erweitert. Bei den gemeinsamen Bemühungen mit der Europäischen Zentralbank zur Wiederherstellung der Kanäle zur Kreditvergabe, die eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Erholung spielt, haben diese Maßnahmen die Ausbreitung der Staatsschuldenkrise verhindert und die Voraussetzungen für die Wiederherstellung des Vertrauens in die öffentlichen Finanzen der EU-Mitgliedstaaten geschaffen.

Litauen wird sich bemühen, weiterhin das wiedergewonnene Vertrauen zu stärken und wird zudem die Unterstützung der noch fragmentierten finanziellen Integration der Finanzmärkte vorantreiben. Um diese Ziele zu erreichen, wird Litauen im Rahmen des Berichtes vom Präsidenten des Europäischen Rates: "Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion", des "Bauplans für eine echte und tiefe Wirtschafts- und Währungsunion" der Europäischen Kommission, der legislativen Initiativen der Europäischen Kommission agieren, wobei auch Beschlüsse des Europäischen Rates im Juni 2013 zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion berücksichtigt werden. Außerdem wird der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion Aufmerksamkeit geschenkt. Zu diesem Thema wird eine informelle Diskussion im Rat organisiert.

Litauen wird weiter am Aufbau der Bankenunion arbeiten. Auf rechtzeitigen Vorschlag der Europäischen Kommission für einheitlichen Mechanismus zur Umstrukturierung von Banken hin, wird sich Litauen um eine reibungslose Lesung des Vorschlags bemühen, damit ein Konsens über den Mechanismus bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 erreicht wird.

A 2. Bessere wirtschaftspolitische Steuerung

Die globale Finanzkrise hat nicht nur Schwachstellen der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, sondern auch einige Unstimmigkeiten in der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten offenbart. Dies führte zur stärkeren Überwachung sowohl der Staatsfinanzen der Mitgliedstaaten als auch der makroökonomischen Ungleichgewichte durch Annahme der Legislativpakete "Six Pack" und "Two Pack". Trotz der plötzlichen Rezession und der daraus resultierenden sozialen Herausforderungen, ist die Verantwortung der Mitgliedstaaten, für ihre Bürger und ihre Verpflichtungen Strukturreformen fortzusetzen, gewachsen. Während des Vorsitzes im Rat der EU wird Litauen versuchen, die Voraussetzungen für die Durchführung wichtiger sozialer und wirtschaftlicher Reformen in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Während der litauischen Präsidentschaft wird ein wichtiger Punkt die reibungslose und effiziente Umsetzung der neu vereinbarten Regeln für die stärkere Ex-ante-Haushaltsüberwachung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietssein. Litauen wird daran arbeiten, die reibungslose Anwendung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu gewährleisten. Das Land wird sich auch mit der Umsetzung der Bestimmungen des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in den nationalen Systemen beschäftigen.

Im Rahmen des Europäischen Semesters, und unter Berücksichtigung der laufenden Konsultationen mit den Mitgliedstaaten bezüglich der Mitteilungen der Europäischen Kommission über die Vorabkoordinierung der wesentlichen Wirtschaftspolitik und das Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit, wird Litauen für weitere Erörterungen dieser Themen sorgen, wobei

die Beschlüsse des Europäischen Rates von Juni 2013 berücksichtigt werden.

A 3. Kampf gegen Steuerhinterziehung und Betrug

In der Zeit der Haushaltskonsolidierung hat die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung einen besonderen Vorrang. Nur durch gemeinsames koordiniertes Handeln kann die EU greifbare Ergebnisse in diesem Bereich erzielen. Die Europäische Kommission schätzt, dass die Haushalte der EU-Mitgliedstaaten rund 1 Mrd. an Erträgnissen verlieren, die für die Umsetzung der Strukturreformen verwendet werden könnte.

Litauen wird, unter Berücksichtigung der Leitlinien des Europäischen Rates von 2013, weiterhin im Bereich der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung tätig sein, mit besonderem Schwerpunkt auf die Ausweitung des automatischen Austausches von Steuerinformationen.

Außerdem wird Litauen den Schutz der finanziellen Interessen der EU gebührend berücksichtigen, einschließlich der strafrechtlichen Bekämpfung von Betrug.

A4. Europa der Bürger

2013 ist das Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger, das das Bewusstsein für die Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Unionsbürgerschaft stärken soll, damit die Bürger ihre Rechte, sich innerhalb der EU frei zu bewegen und aufzuhalten, voll ausüben sowie von anderen durch die Unionsbürgerschaft gewährten Möglichkeiten proftieren können. Die Unionsbürgerschaft sowie das Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht feiern das 20. Jubiläum. Dies bietet die Gelegenheit, die bisherigen Errungenschaften der EU zu bewerten und weitere Leitlinien in dem sich verändernden europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts festzulegen. Litauen wird auch die Arbeiten in den Bereichen Justiz und Inneres fortführen, wobei auch anvisiert wird, den Schutz der Grundrechte zu intensivieren, das öffentliche Bewusstsein (insbesondere der Jugendlichen) über die gemeinsamen Werte der EU zu sensibilisieren, Wachstumsziele zu unterstützen, den gemeinsamen Raum für eine wirksame justizielle Zusammenarbeit zu stärken und die Interessen der Bürger zu schützen sowie ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Um ein Schlaglicht auf das Jahr der Bürgerinnen und Bürger zu werfen, wird in Vilnius vom 12. bis 13. Dezember. 2013 eine internationale Konferenz zum Thema Rechte der europäischen Bürger veranstaltet.

B. WACHSENDES EUROPA

Obwohl sich die Wirtschaften der Mitgliedstaaten strukturell umwandeln und schrittweise verlorene Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen, sind die finanziellen Folgen der Krise immer noch zu spüren. Dies gilt vor allem für die soziale Situation, die in vielen Mitgliedstaaten aufgrund der erhöhten Arbeitslosigkeit und der langsamen wirtschaftlichen Erholung nach wie vor kompliziert ist. Diese Herausforderungen können auf die Dauer gemeistert werden, indem ein wettbewerbsfähiger Binnenmarkt in einem sozial verantwortlichen und umweltfreundlichen Umfeld geschaffen wird, mit der klaren Strategie, Investitionen in den Bereichen Forschung, Technologie-Entwicklung, umweltverträgliche Wirtschaft und arbeitsintensive Bereiche anzulocken.

Litauen wird im Rahmen der Strategie "Europa 2020" und des Europäischen Semesters Fortschritte in diesen Bereichen anstreben und sich für die Umsetzung des Paktes für Wachstum und Beschäftigung (engl. „Compact for growth and jobs") einsetzen.

B 1. Zukunftsorientierung

Im Februar 2013 erreichte der Europäische Rat eine politische Einigung über den zukunfts- und wachstumsorientierten mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020. Dieser sieht eine erhöhte Finanzierung für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung vor, vor allem für Forschung, Jugendausbildung und -beschäftigung, sowie die Entwicklung der Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze.

Litauen wird den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens anstreben und sicherstellen, dass das Paket der EU-Finanzierungsprogramme, das 70 Entwürfe für Rechtsvorschriften umfasst, im Rahmen des MFR rechtzeitig verabschiedet werden kann, d.h. zum 1. Januar 2014. Während des litauischen Vorsitzes wird der erste jährliche EU-Haushaltsplan (2014) für den Zeitraum von 2014 bis 2020 verabschiedet. Das Budget wird als Ausgangspunkt für die Umsetzung neuer Programme dienen.

B 2. Digitale Agenda, Forschung und Innovation

Im Rahmen der Halbzeitbilanz der Digitalen Agenda spielen die öffentliche Unterstützung, Akzeptanz und Vertrauen in neue Technologien sowie die Netz- und Informationssicherheit eine besonders wichtige Rolle. Sehr wichtig sind in diesem Zusammenhang die Schaffung eines digitalen EU-Binnenmarktes und die Einigung über Initiativen wie die elektronische Identifizierung und Treuhanddienstleistungen für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt sowie die Leilinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze.

Litauen wird sich für die Umsetzung der Initiativen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Wissen, der Forschung und Innovation, auch für die Aspekte der Berufsmöglichkeiten für Wissenschaftler, der internationalen Dimension der Wissenschaft, Technologie und Innovation einsetzen. Nach Vorlegung des Berichtes über die Fortschritte im Europäischen Forschungsraum, wird der Rat die Möglichkeit haben, diese Fragen zu diskutieren. Litauen wird sich bemühen, sicherzustellen,, dass das Programm „Horizont 2020", an dem das Europäische Innovations- und Technologieinstitut beteiligt ist, sowie das Euratom-Programm ab Anfang 2014 umgesetzt werden.

Litauen wird zur Vorbereitung der für Oktober 2013 geplanten Tagung des Europäischen Rates beitragen, an der die Digitale Agenda, Stärkung der Forschungs- und Innovationspolitik, diskutiert wird. Dieses Treffen wird Gelegenheit bieten, Wege für die Entwicklung eines neuen Telekommunikationsmarktes zu prüfen, und wird sich auf neue Dienste, Computer- und Netzsicherheit, Digital- und Breitband-Infrastrukturausbau sowie andere Angelegenheiten konzentrieren, um sicherzustellen, dass bis 2015 ein gemeinsamer europäischer Digitalmarkt entwickelt wird. Litauen wird auch die Umsetzung der anderen Vorreiterinitiativen bezüglich der Digitalen Agenda und Innovation fortsetzen und breitere Debatten über diese Themen anregen. Vom 6.-8. November 2013 wird Litauen, zusammen mit der Europäischen Kommission, die internationale Konferenz "ICT 2013" in Vilnius

veranstalten, an der die Entwicklungsperspektiven der digitalen Technologien und Innovation in der EU diskutiert werden.

B 3. Effizienter Binnenmarkt

Ein effizienter EU-Binnenmarkt ist eine Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Litauen wird sich bemühen, dass bereits beschlossene Maßnahmen für das wirksame Funktionieren des Binnenmarktes, insbesondere Dienstleistungsrichtlinien umgesetzt werden und eine Einigung über die Maßnahmen der Binnenmarktakte I erzielt wird. Litauen wird eine Einigung über die Verordnung über elektronische Identifizierung und Treuhanddienstleistungen für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt anstreben, die dazu bestimmt ist, das Vertrauen zu erhöhen und den Zugang zu elektronischen Überprüfungsdiensten im Binnenmarkt zu erleichtern. Der litauische Vorsitz wird auch die Entsenderichtlinie anstreben, deren Ziel die Errichtung von Grundrechten zur Festlegung eines Mindestmaßes an Schutz der Arbeitnehmer ist. Ein Abkommen über die Fazilität„Connecting Europe" und Richtlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze würde die Entwicklung und Finanzierung der Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur gewährleisten.

Litauen wird nach Fortschritten in Gesprächen über vorrangige Maßnahmen in zwölf prioritären Bereichen der Binnenmarktakte II streben, mit einem besonderen Schwerpunkt auf Vorschläge zu Verordnungen über die Produktsicherheit und die Marktüberwachung, elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen und Kostensenkung für die Bereitstellung von Breitbandkommunikationen. Diese Initiativen sollen das Vertrauen der Verbraucher in den Binnenmarkt erhöhen, Betriebskosten von Unternehmen, einschließlich kleiner Unternehmen, reduzieren, und die Effizienz der Entwicklung der elektronischen Kommunikationsinfrastruktur verbessern.

Litauen wird sich bemühen, ein günstigeres Umfeld für kleine und mittelständige Unternehmen zu schaffen, wobei die Probleme der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung, sowie Umsetzung der Empfehlungen gemäß den zehn Prinzipien des "Small Business Act" für Europa berücksichtigt werden. Besondere Aufmerksamkeit wird der Verringerung des Verwaltungsaufwands geschenkt.

B 4. Binnenmarkt für Energie

Die Schaffung eines europäischen Energie-Binnenmarktes würde einen bedeutenden Anstoß für einen wirksamen Binnenmarkt und für die gesamte EU-Wirtschaft geben. Die EU hat sich die Schaffung eines Binnenmarktes für Energie bis 2014 zum Ziel gesetzt und dafür eingesetzt, dass ab 2015 keine Mitgliedstaaten vom europäischen Energiesystem isoliert sein werden. Daher wird Litauen, zusammen mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten versuchen, die Bemühungen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich zu stärken, wobei das dritte Energiepaket, Fragen zum Marktmodell, Infrastruktur und erneuerbare Energien im Mittelpunkt stehen werden. Im November 2013 findet in Litauen eine hochrangige Konferenz statt, die sich auf die Fragen in Bezug auf die Entwicklung einer modernen EU-Energieinfrastruktur konzentrieren wird. Bei der Konferenz wird außerdem die erste Liste der Energieprojekte von gemeinsamem Interesse diskutiert.

Litauen wird Fortschritte bei der Stärkung der externen Dimension der EU-Energiepolitik anstreben. Im Hinblick auf die Diskussionen im Rat und den durch die Europäische Kommission einzureichenden Bericht, wird Litauen die Überprüfung der Schlussfolgerungen des Rates von 2011 zu diesem Thema anstreben.

Litauen wird besonderes Augenmerk auf die Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates im Februar 2011 und im Mai 2013 richten und einen Bericht des Vorsitzes zu diesem Thema ausarbeiten..

B 5. Förderung des sozialen Zusammenhalts

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte schwerwiegende soziale Folgen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat einen neuen Höhepunkt erreicht und löste zusätzliche Spannungen in den europäischen Gesellschaften aus. Dies zeigt die Notwendigkeit einer verstärkten Sozialpolitik und der sofortigen aktiven Ergreifung der Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung.

Angesichts der zunehmend akuten Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit und wachsender sozialer Ausgrenzung, wird Litauen Jugendbeschäftigung priorisieren und alle notwendigen Maßnahmen bei der Umsetzung des Pakets zur Jugendbeschäftigung ergreifen, mit besonderem Schwerpunkt auf die Umsetzung der Jugendgarantie-Initiative und Förderung der Lehrlingsausbildung.

Im Hinblick auf die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und die Verringerung der sozialen Ausgrenzung wird Litauen die Umsetzung des Sozialinvestitionspakets fördern, mit besonderer Berücksichtigung der Investitionen in Kinder. Litauen wird Diskussionen zu diesem Thema im Rat organisieren. Besserer Schutz der Arbeitnehmerrechte wird eine weitere Priorität des litauischen Vorsitzes sein, einschließlich des Schutzes der Wanderarbeitnehmer.

B 6. Nachhaltiges Wachstum

Kurzfristige Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft müssen die langfristigen Perspektiven der Wettbewerbsfähigkeit gebührend berücksichtigen. Dies kann durch eine umweltfreundlichere Wirtschaft, erneuerbare Energien und eine bessere Nutzung der natürlichen Ressourcen erzielt werden, was die Aufrechterhaltung des Wachstumspotenzials ermöglichen würde. Der litauische Vorsitz wird den Klimawandel und die Integration der Grundsätze des Umweltschutzes in anderen Bereichen der EU-Politik beachten, damit bessere Bedingungen für das zukünftige Wachstum geschaffen werden.

Litauen plant, während der Präsidentschaft die laufenden Verhandlungen über die Durchfuhrmaßnahmen in der gemeinsamen Agrarpolitik zu übernehmen und abzuschließen, und eine Überprüfung der Informations- und Fördermaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die Organisation der Märkte für Obst und Gemüse zu initiieren. Auf dem Gebiet der Gemeinsamen Fischereipolitik wird Litauen weiterhin daran arbeiten, sich auf die Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, die für eine nachhaltige Fischerei auf lange Sicht wichtig sein wird, vorzubereiten. Litauen wird zudem eine aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht ausgewogene politische Einigung über die Fangmöglichkeiten 2014 anstreben.

B 7. Europa der Makroregionen

Litauen wird sich auf die regionale Dimension des nachhaltigen Wachstums konzentrieren. Die Europäische Kommission plant, Mitte 2013 eine allgemeine Bewertung der makroregionalen Strategien vorzulegen. Im Hinblick darauf, und unter Berücksichtigung der bewährten Praktiken und Erfahrungen bei der Umsetzung der EU-Strategien für den Ostsee- und Donauraum, wird Litauen die Diskussion über die nächsten Schritte zur effektiven makroregionalen Strategien in der Zukunft fortsetzen. Besonderes Augenmerk wird auf die Koordinierung und Synergie der entsprechenden EU-Politik gerichtet werden, mit dem Ziel, bessere Ergebnisse in verschiedenen Politikbereichen zu erreichen, wobei das Wachstum der regionalen Wirtschaften gefördert, ein weiterer Anstoß zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarktes geschaffen und die ökologische Situation verbessert wird.

Am 11.-12. November 2013 wird in Vilnius das 4. jährliche Forum zur EU-Strategie für den Ostseeraum veranstaltet, an dem gemeinsam mit den Partnern die Umsetzung der Strategie erörtert wird. Der Schwerpunkt wird auf den Umweltschutz gelegt.

C. OFFENES EUROPA

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU, das nachhaltige Wirtschaftswachstum und die Arbeitsplätze werden gesichert sein, vorausgesetzt, dass sich die EU-Bürger sicher fühlen, und dass die EU-Institutionen sich weiterhin für den Schutz der grundlegenden Menschenrechte nicht nur innerhalb der EU, sondern auch außerhalb der Union aktiv einsetzen. Grundvoraussetzungen hierfür sind, durch konzertierte Anstrengungen der Präsidentschaft und EU-Institutionen, die Festigung der Grundsätze der Demokratie, die Sicherstellung der regionalen Stabilität, Offenheit für den Handel, die Förderung der zwischenmenschlichen Kontakte und Entwicklungshilfe, sowie die Bewältigung globaler Herausforderungen zusammen mit den internationalen Partnern.

C 1. Europa der sicheren Nachbarschaft

Die Sicherheit in der EU ist direkt von den Vorgängen in der Nachbarschaft abhängig. Mit der Unterstützung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen ihrer östlichen und südlichen Nachbarn und Stärkung der Beziehungen mit ihnen, trägt die EU zur Schaffung einer sicheren Nachbarschaft bei, die neue Chancen bietet.

Am 28.-29. November 2013 wird in Vilnius das dritte Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft stattfinden, bei dem der Fortschritt in den Prozessen der politischen Assoziierung und der wirtschaftlichen Integration mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft angestrebt wird. Es werden Assoziierungsabkommen mit ihnen abgeschlossen, einschließlich der Schaffung einer weitreichenden und umfassenden Freihandelszone. Litauen erwartet, dass man auf dem Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius den Fortschritt der Partner im Bereich der Visaliberalisierung begrüßen wird, Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Sektoren und Stärkung der multilateralen Dimension der Östlichen Partnerschaft besprechen wird. Es wird erwartet, dass der Gipfel auch neue strategische Leitlinien für die Umsetzung der Östlichen Partnerschaft definieren wird.

Im Bereich der südlichen Nachbarschaft wird Litauen eine effizientere Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik der EU unterstützen, wobei insbesondere die Förderung der Demokratie und eines integrativen und nachhaltigen Wachstums beachtet wird, das auf Menschenrechten basiert, vor allem auf Gleichberechtigung und Freiheiten der Frauen, sowie einer engeren Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

C 2. Erweiterungsagenda

Die Erweiterungspolitik der EU basiert auf der soliden und klaren Umsetzung der EU-Beitrittskriterien durch die EU-Kandidatenländer. Dies ist ein grundlegendes Prinzip für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Montenegro, sowie für die Fortschritte in der Umsetzung der europäischen Perspektive in den restlichen westlichen Balkanländern.

Wenn die offizielle Position der Regierung von Island für die EU-Beitrittsverhandlungen klar wird, wird Litauen bereit sein, die weiteren Modalitäten der Zusammenarbeit mit Island zu besprechen.

Während der litauischen Präsidentschaft werden Leitlinien der Erweiterungspolitik der EU für das Jahr 2014 ausgearbeitet, wobei sich Litauen dafür einsetzen wird, einen kontinuierlichen Erweiterungsprozess zu gewährleisten, basierend auf den Grundsätzen der eigenen Leistungen und klarer Konditionalität.

Am 1. Juli 2013 erfolgt der Beitritt der Republik Kroatien - der 28. Mitgliedstaat..

C 3. Handel für Wachstum

Der Außenhandel muss maßgeblich zum Wirtschaftswachstum der EU und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Zu diesem Zweck wird der litauische Vorsitz die Umsetzung der umfassenden und ambitionierten Tagesordnung des EU-Außenhandels fortsetzen, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Förderung des freien, fairen und offenen Handels und für beide Seiten vorteilhafte und gleichberechtigte Öffnung der Märkte sowie auf Förderung der gleichen Wettbewerbsbedingungen. Um einen offenen und fairen Handel und die Verbesserung des Zugangs von Drittstaatsangehörigen zum Arbeitsmarkt der EU zu erzielen, wird der Fortschritt in bilateralen und multilateralen Handelsverhandlungen, sowie Tätigkeit im Bereich der Gesetzgebung und die Umsetzung der Marktzugangsstrategie der Europäischen Union von Bedeutung sein.

Bei der Entwicklung bilateraler Handelsbeziehungen wird der Vertiefung der wirtschaftlichen- und handelsbezogenen Beziehungen mit den Ländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik, einschließlich der notwendigen Schritte zur beschleunigten Schaffung einer umfassenden und vielseitigen Freihandelszone mit der Ukraine, der Republik Moldau, Georgien und Armenien besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Weitere Prioritäten sind die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA und Japan, sowie Verbesserung der Handels- und Investitionsbedingungen bei den Beziehungen mit China und Russland. Parallel dazu wird man ein langfristiges strategisches Ziel der EU verfolgen - ein auf Regeln basierendes multilaterales Handelssystem zu stärken und geeignete rechtliche Rahmenbedingungen für die Durchführung der handelspolitischen Maßnahmen zu erstellen.

C 4. Effektive Verwaltung der Außengrenzen

Um offen zu sein aber auch die Sicherheit ihrer Bürger gewährleisten zu können, muss die EU die wirksame Verwaltung der Außengrenzen sicherstellen. Ziel Litauens – so viel Fortschritt wie möglich bei der Erörterung des Pakets der "Intelligenten Grenzen" (engl."Smart borders package"), das die Errichtung des Ein-/Ausreise-Erfassungssystem und das Registrierungsprogramm für Reisende umfasst.

Dies wird, mit Hilfe modernster Technologien, die Gewährleistung und weitere Entwicklung der wirksamen Verwaltung der EU-Außengrenzen ermöglichen und die Sicherheit der EU und ihrer Bürger stärken, die Überwachung der Grenzübergänge verbessern, auch Grenzkontrollverfahren für die häufig in die EU einreisenden Bürger von Drittstaaten beschleunigen und erleichtern.

Auf dem Gebiet der Bekämpfung von Schmuggel wird sich Litauen auf die Mitteilung der Europäischen Kommission "Verstärkung der Bekämpfung des Zigarettenschmuggels und anderer Formen des illegalen Handels mit Tabakerzeugnissen - Eine umfassende EU-Strategie" (engl. „Stepping up the fight against cigarette smuggling and other forms of illicit trade intobacco products - A comprehensive EU Strategy") stützen und deren Umsetzung unterstützen. Zu diesem Zweck plant Litauen eine Verabschiedung der Schlussfolgerungen des Rates.

C 5. Globale Führungsposition Europas

Mit den globalen Veränderungen in der Wirtschaft, Demografie und Klimawandel verändert sich auch die Rolle der EU in einer globalisierten Welt. Nachdem die Fundamente zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gelegt sind, ist die EU bereit, die Führungsrolle bei der Verteidigung der Menschenrechte, Prinzipien der Demokratie, Sicherstellung der Stabilität in der Region und bei der Überwindung der Auswirkungen der globalen Erwärmung zu übernehmen. Auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe wird Litauen weiterhin an der Bestimmung einer umfassenden Tagesordnung nach 2015 arbeiten, eine Einigung über den Aktionsplan der europäischen humanitären Hilfe anstreben und sich um die Vorbereitungen zur Umsetzung des 11. Europäischen Entwicklungsfondsbemühen.

Litauen wird die Entwicklung und Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorantreiben. Im Dezember 2013 plant der Europäische Rat die Erörterung der Fragen der Sicherheit und Verteidigung, um kontinuierlich die Rolle der EU bei der Gewährleistung der Sicherheit ihrer Mitglieder und auf internationaler Ebene zu stärken. Litauen wird den Dialog und die praktische Zusammenarbeit mit ihren östlichen Partnern fördern, zur Stärkung der Fähigkeit der EU, auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen der Energie-, Computer- und Netzsicherheit sowie maritime Sicherheit zu reagieren, sowie zur Unterstützung der praktischen Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO und Förderung der transatlantischen Beziehungen sowie zur Effizienz der EU-Gefechtsverbände, EU-Missionen und EU-Operationen, beitragen.

III TEIL. DIE TAGESORDNUNG DES LITAUISCHEN VORSITZES NACH DEN EINZELNEN RATSFORMATIONEN

A. ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

Der Rat Allgemeine Angelegenheiten koordiniert die Vorbereitung auf das Treffen des Europäischen Rates, bespricht seine Ergebnisse, beaufsichtigt seine Durchführung und die damit verbundenen Tätigkeiten. Beim Treffen analysiert der Rat Dokumente mit horizontalem Einfluss auf mehrere Richtlinien der EU, zum Beispiel Erweiterung der EU, mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), institutionelle und administrative Fragen.

A1. Mehrjähriger Finanzrahmen

Während der litauischen Präsidentschaft werden die Hauptpunkte des Rates Allgemeine Angelegenheiten die Vorbereitung der Verordnungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 und die Fertigstellung der Genehmigungsverfahren sein.

Wenn der Europäische Rat ein politisches Einverständnis über den mehrjährigen Finanzrahmen erreicht, wird Litauen in seiner Präsidentschaft versuchen, dass sich der Rat und das Europäische Parlament über alle im mehrjährigen Finanzrahmen vorausgesehenen Maßnahmen, Programme und Fonds einigen. Zu diesem Zweck wird Litauen in der Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen und den Triopartnern arbeiten und mit dem Europäischen Parlament über bestimmte Rechtsakte zur Durchführung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 Diskussionen fortsetzen, damit sie ab dem 1. Januar 2014 in Kraft treten können.

Bei der Vorbereitung auf das Treffen über die Verfahrensvorschriften der Finanzierungsprogramme und über die zu finanzierenden Maßnahmen wird darauf abgezielt, dass die Programme besser zugänglich, erhöht flexibel und ergebnisorientiert sind, d.h. auf das Wirtschaftswachstum und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen orientiert. Die Programme sollten für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Förderung der Beschäftigung, Entwicklung der europäischen Infrastrukturnetze, Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhaltes, Sicherstellung des nachhaltigen Wachstums, Verwendung der natürlichen Ressourcen, Verbesserung des Schutzes von EU-Bürgern, Stärkung der Rolle Europas in der Welt sorgen und sicherstellen, dass die EU-Institutionen ihren Bürgern gebührende Dienstleistungen bieten.

A2. Kohäsionspolitik

Die Kohäsionspolitik leistet einen Beitrag zur Minderung von wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten zwischen Regionen der EU, und beeinflusst gleichsam das Wirtschaftswachstum und die Arbeitsmarktlage in der ganzen EU.

Die reformierte Kohäsionspolitik stellt eine effektive, mehr ergebnisorientierte Verwendung der vorhandenen Ressourcen sicher. Die Durchführung von regionalen Prioritäten unterstützt die Ziele der Strategie „Europa 2020".

Während der litauischen Präsidentschaft werden die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Verordnungen über Kohäsionspolitik für einen weiteren Zeitraum fortgesetzt, um ihre Genehmigung und das Inkrafttreten vor

Ende 2013 zu erreichen. Das für November 2013 geplante informelle Treffen der für die Kohäsionspolitik verantwortlichen Minister wird über den Sachstand der allgemeinen Vorbereitungen zur Umsetzung der Programme der neuen Periode reflektiert.
Litauen wird sich bemühen, eine rechtzeitige Entscheidung über den Vorschlag der EU-Kommission zur Änderung der Allgemeinen Verordnung für den Zeitraum 2007-2013 zu treffen, um eine gewisse Unterstützung für die Mitgliedstaaten anzubieten, die am meisten von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen wurden..

A3. Europäisches Semester

Während der litauischen Präsidentschaft wird das vierte Europäische Semester beginnen - Koordinierungszyklus der Wirtschaftspolitik von Mitgliedstaaten. Sobald die Europäische Kommission im November 2013 den Jahreswachstumsbericht vorstellt, wird Litauen seine Präsentation in den verschiedenen für die Politikkoordinierung wichtigen Formationen des Rates (für Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaft und Finanzen, Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) und im Rat Allgemeine Angelegenheiten organisieren, der die Vorbereitung auf das Treffen vom Europäischen Rat koordiniert, und über die Erfahrungen während des Europäischen Semesters 2013 diskutieren.
In Zusammenarbeit mit den Leitern der EU-Institutionen wird Litauen Gespräche über eine verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung über das Europäische Semester fortsetzen, d.h. in Bezug auf die Überwachung der Umsetzung von spezifischen, an die Mitgliedsstaaten gemachten Empfehlungen. Eine solche Überwachung umfasst bestimmte Aktionen zur Beseitigung von makroökonomischen Ungleichgewichten und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Litauen wird solche Aktionen mit den verbindlichen vertraglichen Verpflichtungen und mit den finanziellen Anreizen, die das Wachstum und die Beschäftigung fördern, konsolidieren.

A4. Makroregionale Strategien

Laut dem Bericht der Europäischen Kommission über den Mehrwert von makroregionalen Strategien und den Durchführungsergebnissen der Strategien im Ostsee- und Donauraum wird Litauen anbieten, die Schlussfolgerungen des Rates über den Mehrwert von makro-regionalen Strategien zu ziehen. In den Schlussfolgerungen werden die Mehrwert-Elemente von makro-regionalen Strategien betont und weitere Aktionen zur Stärkung von regionalen und thematischen Strategien angeboten.
Am 11. und 12. November 2013 wird Litauen zusammen mit der Europäischen Kommission das Jahresforum zur Strategie für den Ostseeraum organisieren, das für die Besprechung zur Umsetzung der Umweltschutzziele bestimmt ist. An dem Forum werden Vertreter von Mitgliedstaaten, die die Strategie verwirklichen, EU-Institutionen, Koordinatoren von Förderschwerpunkten, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Regionen teilnehmen.

A5. Regionen in äußerster Randlage

Während der litauischen Präsidentschaft wird danach gestrebt, die jeweiligen geltenden Rechtsvorschriften zu ändern, um Bestimmungen über die Anwendung der Übergangsfrist für die Region Mayotte einzubeziehen, die gemäß der Entscheidung des Europäischen Rates vom 11. Juli 2012 ab dem 1. Januar 2014 die Region in äußerster Randlage der EU sein wird. Sobald die Europäische Kommission Gesetzesvorschläge verabschiedet, wird eine Ausdehnung der Anwendung bestimmter Steuerbefreiungen für die jeweiligen Regionen in äußerster Randlage analysiert.

A6. Erweiterung

Während des Vorsitzes wird Litauen die Durchführung der Strategie der EU-Erweiterung fortsetzen, die auf einer Konsolidierung der Verpflichtungen, Konditionalität, klarer Kommunikation und der Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder basiert. Jedes Beitrittsland wird getrennt und lediglich nach seinem Fortschritt bewertet. Litauen wird die Fortsetzung der Verhandlungen mit Montenegro und der Türkei gewährleisten und die europäischen Perspektiven der westlichen Balkanstaaten entwickeln.
Sobald die Mitgliedstaaten das Ratifizierungsverfahren über die Mitgliedschaft Kroatiens in der EU abschließen, wird die EU ab dem 1. Juli 2013 den 28. Mitgliedstaat aufnehmen. Dieses Ereignis wird nachweisen, dass der Rat einen festen Entschluss fasst, die Entwicklung nach den vertraglichen Prinzipien fortzusetzen.
Weiterer Fortschritt in den Verhandlungen mit Montenegro wird vom erreichten Fortschritt des Bewerberlandes bei der Umsetzung der Anforderungen in den Verhandlungskapiteln über Justiz und Grundrechte sowie Justiz, Freiheit und Sicherheit abhängen, die von der Europäischen Kommission bewertet werden. Auf der Grundlage der Fortschritte Montenegros bei der Umsetzung der Aktionspläne, wird Litauen anstreben, die Kapitel über Justiz und Grundrechte, sowie Justiz, Freiheit und Sicherheit zu öffnen.
Litauen wird den weiteren Verhandlungsprozess mit der Türkei unterstützen. Litauen wird sich bemühen, die Dynamik der Beitrittsverhandlungen beizubehalten. Litauen wird in anderen Bereichen der Verhandlungen weitere Schritte zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei machen.
Nach Erhalt der offiziellen Position der Regierung von Island über die EU-Mitgliedschaftsverhandlungen wäre Litauen vorbereitet, weitere Modalitäten der Zusammenarbeit von Island mit der EU laut dem in den verschiedenen Bereichen beim Beitrittsprozess erreichten Fortschritt zu besprechen.
Während der litauischen Präsidentschaft wird die Entscheidung des Rates von Juli 2013 über den Anfang der Verhandlungen der Mitgliedschaft in der EU mit Serbien sowie auch über die Gründung der Verhandlungen mit Kosovo über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen durchgeführt werden.
Auch weiterhin wird nach einem Einverständnis über die Verhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (engl. FYROM) über den Anfang der Mitgliedschaft in der EU gesucht.
Man wird sich bemühen, die europäische Perspektive von Bosnien und Herzegowina näher zu bringen. Die Entscheidung, Albanien den EU-Kandidatenstatus zu gewähren, wird von den Fortschritten des Landes bei der Umsetzung der internen Reformen, einschließlich einer positiven Beurteilung des

Verhaltens der Parlamentswahlen im Juni 2013 abhängen.
Nach der Auswertung der erreichten Fortschritte der Kandidatenländer und der Vorschläge der EU-Kommission für das weitere Vorgehen, wird Litauen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst dem Rat den Vorschlag machen, die Schlussfolgerungen über die Entwicklung der EU und ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zu bestätigen.

A7. Institutionelle Fragen

Während der litauischen Präsidentschaft wird der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Vorschläge zur Überprüfung der Organisation und Tätigkeit des Europäischen Auswärtigen Dienstes , und gegebenenfalls Vorschläge zur Änderung der entsprechenden Entscheidungen des Rates machen. Litauen richtet sich nach der Bestimmung, dass der Europäische Auswärtige Dienst eine wirksame Institution sein sollte, die die Interessen der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Bürger schützt und auf regionale und globale Herausforderungen für Sicherheit schnell und effektiv reagiert. Litauen versucht damit die Rolle der EU als globaler Akteur in der Welt zu stärken.

A8. Integrierte Meerespolitik

Bei der Umsetzung der Ziele für die Strategie „Europa 2020" ist die Gründung des Systems für maritime Raumplanung eine der wichtigsten Fragen der Tagesordnung der integrierten Meerespolitik der EU. Litauen wird die Prüfung des Vorschlags für eine Richtlinie fortsetzen, die die Grundlagen zur maritimen Raumordnung und zur Verwaltung der Küstengebiete bildet. Litauen erwartet, dass sich der Rat auf einen gemeinsamen Ansatz einigt. Sollten diese Vorschläge angenommen werden, könnte man bei der Durchführung der langjährigen Strategie fortschreiten, mit der das Wachstum im maritimen Sektor unterstützt wird („Blaues Wachstum").

A9. Nukleare Sicherheit

Im Bereich der nuklearen Sicherheit wird Litauen mit den Verhandlungen über die Überprüfung der Richtlinie über nukleare Sicherheit beginnen. Diese Initiative soll die Unabhängigkeit der nationalen Aufsichtsbehörden stärken, die Transparenz erhöhen, die Überwachungs- und Peer-Review-Mechanismen verbessern, um die ständige Verbesserung der nuklearen Sicherheit in der EU sicherzustellen.
Die Präsidentschaft wird die Diskussionen über die Verordnung des Rates über ein Gemeinschaftssystem zur Registrierung von Ladungsträgern von radioaktivem Material fortsetzen und darum bemüht sein, sich auf die mit dem mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 verbundenen Vorschläge zu einigen.

B. AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Rat „Auswärtige Angelegenheiten" überwacht und trifft Entscheidungen in allen Bereichen der Außenbeziehungen der Europäischen Union, einschließlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit. Eine der Prioritäten des Rates in den letzten Jahren – in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission die Konsistenz von EU-Aktivitäten nach Außen durch die Anwendung von vorhandenen EU-Instrumenten zu gewährleisten. Vorsitz im Rat „Auswärtige Angelegenheiten" führt Hoher Vertreter für Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, ausgenommen des Bereichs Außenhandel, derer Kompetenz dem Mitgliedstaat, der den Vorsitz im Rat der EU innehat, obliegt.

B1. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und das Hauptinstrument zum Krisenmanagement. Durch die Umsetzung der GSVP stellen die EU-Mitgliedstaaten die für die operativen Tätigkeiten der EU erforderlichen militärischen und zivilen Fähigkeiten sicher.
Bei der weiteren Entwicklung der GSVP spielt das Jahr 2013 eine wichtige Rolle. In enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) wird Litauen im Dezember 2013 einen aktiven Beitrag zur Vorbereitung der Diskussion im Europäischen Rat über die Sicherheit und Verteidigung und zur ständigen Stärkung der EU-Rolle bei der Gewährleistung ihrer Mitglieder sowie der internationalen Sicherheit leisten.
Im Bereich der GSVP betont Litauen, dass die Union die Sicherheit in der Europäischen Nachbarschaft gewährleisten, auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren und, in Zusammenarbeit mit den engsten Partnern, wie NATO, UNO und den USA, an der Lösung der internationalen Krisen aktiv teilnehmen würde.
Im Laufe des Vorsitzes wird Litauen die Stärkung des Dialogs und der praktischen Zusammenarbeit mit den östlichen EU-Partnern im Bereich der GSVP fördern. Es beabsichtigt, die gegenseitig vorteilhaften Partnerschaften im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln und die östlichen Partner in die Missionen und Operationen der GSVP einzubeziehen. Litauen wird versuchen, die Fähigkeiten der EU zu stärken, damit sie angemessen auf die neuen Sicherheitsherausforderungen reagieren kann, mit Schwerpunkt auf die Sicherheit der Energieversorgung im Rahmen der GSVP. Litauen wird in diesem Bereich die Tätigkeiten der Europäischen Verteidigungsagentur unterstützen, vor allem die Bemühungen um Synergien mit den anderen EU-Politiken.
Litauen wird nach einer praktischen Zusammenarbeit von EU und NATO sowohl nach der Stärkung des transatlantischen Dialogs als auch nach der Erhöhung der Effizienz der EU-Gefechtsverbände und der EU-Missionen und Operationen streben. In diesem Bereich wird Litauen großen Wert auf die Stärkung der zivilen und militärischen Zusammenarbeit sowie auch auf die weitere Integration von Aspekten zum Grenzschutz in EU-Missionen und Operationen legen.

B2. Europäische Nachbarschaftspolitik

Eine der Hauptprioritäten der litauischen Präsidentschaft im Rat der EU – die Entwicklung der Beziehungen der EU mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft unter der Stärkung ihrer politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration mit der EU. Litauen wird die Bemühungen des Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes in dieser Richtung voll unterstützen.

Die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration der EU und der Länder der Östlichen Partnerschaft ist gegenseitig nützlich und übt Einfluss auf die großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen in den Partnerländern aus. Litauen wird einen direkten Einfluss auf die Entwicklung der Handelsbeziehungen der EU und der Länder der Östlichen Partnerschaft, auf die Förderung der Investitionen und auf die Verringerung der Hindernisse der Freizügigkeit haben.

In Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und mit den EU-Institutionen wird Litauen am 28. und 29. November 2013 in Vilnius das dritte Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft organisieren. Beim Treffen wird erwartet, den Fortschritt in den EU-Verhältnissen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaftseit dem letzten Gipfeltreffen in Warschau im August 2011 zu beurteilen, und weitere Richtlinien zur Durchführung der Östlichen Partnerschaft zu schaffen.

Es wird erwartet, dass das Gipfeltreffen in Vilnius Chancen für Partnerländer und die ganze EU schaffen wird. Eine der Top-Prioritäten in diesem Rahmen – die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine, das den Raum der engen Zusammenarbeit und der gründlichen und gegenseitigen Freihandelszone umfasst. Die Unterzeichnung wird von spezifischen Maßnahmenund Fortschritte der Ukraine abhängen. Litauen wird auch versuchen sicherzustellen, dass die Verhandlungen über bestimmte Abkommen mit der Republik Moldau, Georgien und Armenien bis zum Gipfeltreffen in Vilnius abgeschlossen sind. Es werden greifbare Fortschritte in den Verhandlungen mit Aserbaidschan erwartet.

Angesichts der Tatsache, dass die Förderung der Freizügigkeit und die Kontakte zwischen den Völkern zu den wichtigsten Zielen der östlichen Partnerschaft gehören, wird Litauen nach einem Fortschritt bei der Erleichterung und letztlich bei der Liberalisierung der EU-Visumbestimmungen mit östlichen Partnern streben.

Während der Präsidentschaft wird gebührende Aufmerksamkeit der Entwicklung und Stärkung der multilateralen Dimension der Östlichen Partnerschaft geschenkt. Litauen wird danach streben, dass diese Zusammenarbeit weiter über den staatlichen Sektor hinaus, zusätzlich zu dem traditionellen Business-Forum und Konferenz der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Östlichen Partnerschaft erweitert wird. Im Oktober 2013 hat Litauen vor, das erste Treffen zur Sitzung eines Jugendforums der östlichen Partnerschaft zu veranstalten.

Eines der Bereiche, wo diese multilaterale Arbeit auf die Stärkung angestrebt wird, ist eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Sektoren. Im Oktober 2013 beabsichtigt Litauen, die ersten Sitzungen der Östlichen Partnerschaft über Verkehr, Justiz und Inneres vorzubereiten.

Um weitere Entwicklung der EU-Beziehungen mit den östlichen Partnern zu erreichen, werden die Ergebnisse nicht von den individuellen Zielen und dem Anspruchsniveau, sondern an erster Stelle von ihrem Fortschritt bei der Umsetzung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen im breiten Umfang abhängen, die im Assoziierungsabkommen vorgesehen sind.

Litauen wird nach einem Fortschritt im Rat streben, um das Projekt der Aushandlungen der Konditionen über die Erleichterung der Visabestimmungen und Rückübernahmeabkommen mit einigen südlichen Ländern im Mittelmeerraum zu genehmigen, um den Dialog mit diesen Ländern über Migration, Mobilität und Sicherheit zu führen.

Mit dieser Initiative werden die Reformen unterstützt und gefördert, die von den südlichen Nachbarländern durchgeführt werden können, um bessere Möglichkeiten der Mobilität in EU-Mitgliedstaaten für ihre Bürger anzubieten und die Hauptprobleme der Migrationsströme zusammen zu lösen.

B3. Gemeinsame Handelspolitik

Handelspolitik ist ein wichtiger Faktor bei der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Während des Vorsitzes wird Litauen danach streben, in diesem Bereich die Kontinuität der Agenda des EU-Außenhandels sicherzustellen, mit Schwerpunkt auf die weitere Handelsliberalisierung auf der Grundlage gegenseitiger Interessen und Vorteile, für die Erhöhung der Business-Möglichkeiten der EU, um in der globalen Wirtschaft zu konkurrieren, und für die Förderung der ehrlichen und durch die Regeln begründeten Handels- und Investitionsverhältnisse..

a) Die strategischen Partner der EU: USA, Japan, China, Russland

Bei den Verhandlungen über die umfassenden bilateralen Freihandelsabkommen mit den strategischen Partnern USA und Japan, wird in Hinsicht auf die wesentlichen Interessen der EU und einschließlich der Notwendigkeit zur Bewältigung von regulatorischen und nicht-tarifären Handelshemmnissen nach einem Fortschritt gestrebt.

Im Kontext der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit China, wird großer Wert auf die Verbesserung des Marktzugangs in China und auf die künftigen Verhandlungen über das ehrgeizige bilaterale Investitionsabkommen gelegt werden, das den Investitionsschutz und die Marktöffnung umfasst.

In den Handelsbeziehungen mit Russland wird Priorität auf die ordnungsgemäße Umsetzung der WTO-Verpflichtungen Russlands gesetzt. Unter den angemessenen Bedingungen wird man bei den Verhandlungen der EU und Russland nach einem ehrgeizigen Handels- und Investitionsteil vom Neuen Abkommen streben..

b) Die Länder der europäischen Nachbarschaftspolitik

Litauen wird danach streben, wirtschaftliche und Handelsbeziehungen mit den europäischen Nachbarländern zu vertiefen. Ein großer Wert wird auf die Schaffung der Freihandelszone mit den Östlichen Partnerschaftsländern gelegt. Bei dem in Vilnius stattfindenden Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft beabsichtigt man, das Ende der Verhandlungen über den gründlichen

und umfassenden Raum mit der Republik Moldau, Georgien und Armenien zu bestätigen. Es wird außerdem versucht, sich auf die frühe Anwendung der weitreichenden und umfassenden Freihandelszone der EU und Ukraine vorzubereiten.
Eine wichtige Bedeutung in der Tagesordnung der Präsidentschaft machen die Vertiefungsfragen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den südlichen Nachbarländern.

c) Kanada, Indien, ASEAN, MERCOSUR, die Länder im afrikanischen, karibischen Raum und andere Länder

Während des Vorsitzes wird Litauen nach einem Fortschritt bei den EU-Verhandlungen über die Vereinbarungen zum Freihandel und zur wirtschaftlichen Partnerschaft in Hinsicht auf die Vorbereitung und Ambitionen der Verhandlungspartner streben. Litauen wird das Verfahren zur Vorbereitung für die Unterzeichnung der Verträge mit den Ländern fortsetzen, mit denen die Verhandlungen beendet sind.

d) Multilaterale Handelsverhandlungen

Während des Vorsitzes wird Litauen einen Beitrag zur Durchführung der strategischen Ziele der EU-Handelspolitik bei der Stärkung eines multilateralen, durch die Regeln begründeten, Welthandelssystems leisten. Bei der Vorbereitung auf die 9. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO), die vom 3. bis 6. Dezember 2013 in Bali stattfindet, werden die Vorbereitungsarbeiten fortgesetzt, um Zwischenergebnisse der Verhandlungen der Doha-Entwicklungsagenda (DDA) zu erhalten, erstens bei der Handelserleichterung sowie auch in den anderen Bereichen der DDA, in denen der Fortschritt am besten ist. Bei der Stärkung des multilateralen Handelssystems wird zusätzliche Aufmerksamkeit den im Beitrittsprozess fortgeschrittenen Ländern gewidmet und darauf gewartet, dass die Ergebnisse des Beitritts zur WTO der einzelnen Länder während der 9. Ministerkonferenz festgestellt werden. Zusätzliche Aufmerksamkeit wird auch den Verhandlungen über die Bewertung des WTO-Übereinkommens über die Informationstechnologie, gewidmet, und darauf gewartet, dass sie bis zur 9. Ministerkonferenz beendet werden.

e) Bessere gesetzliche Regelung des Außenhandels

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung wird es eine aktive Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischem Parlament geben, um ein angemessenes rechtliches Umfeld für die Durchführung der Handelspolitikmaßnahmen zu schaffen. Es wird viel Acht auf den Fortschritt zur Untersuchung der Verordnung über finanzielle Verantwortung gegeben, die mit der Streitbeilegung der Investoren verbunden ist, sowie auch zur Untersuchung der Verordnung über die Durchsetzung der EU-Rechte nach den internationalen Handelsvereinbarungen.
Während des Vorsitzes wird Litauen erforderliche Acht auf die Wirksamkeit der handelspolitischen Schutzinstrumente (TDI) und ihre Modernisierung geben, um die Bedingungen für den fairen Wettbewerb sicherzustellen. Es wird auch die erforderliche Arbeit an der reibungslosen Umsetzung des Allgemeinen Präferenzsystems der EU fortgesetzt.

B4. Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern

Während des Vorsitzes wird Litauen besondere Acht auf die weitere Entwicklung der engen EU-Beziehungen mit den westlichen europäischen Nachbarländern geben, um die Homogenität des Binnenmarktes sicherzustellen und die Zusammenarbeit in den Bereichen allgemeiner Bedeutung zu erweitern. In der Tagesordnung werden die Fragen über das Funktionieren des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum einen wichtigen Platz einnehmen. Die Möglichkeiten zur Verbesserung der institutionellen EU-Verhältnisse mit der Schweiz werden auch analysiert. Die Perspektiven zur Integration der Zwergstaaten wie Andorra, Monaco und San Marino zum EU-Binnenmarkt werden analysiert. Die mit den finanziellen Beiträgen der Europäischen Freihandelsassoziation verbundenen Fragen sind bedeutungsvoll, um wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen den EU-Staaten zu verringern.

B5. Entwicklungspolitik

Während des Vorsitzes in der EU wird Litauen erforderliche Acht auf die umfassende Entwicklungstagesordnung nach 2015 geben, und nach der Sicherstellung einer angemessenen Vorbereitung der im Herbst in New York geplanten Sonderveranstaltung zur Verfolgung der Anstregungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungszielen bei der UN-Vollversammlung streben. In der künftigen Tagesordnung ist es wichtig, neue, mit dem Klimawandel, dem demografischem Wandel und mit den Menschenrechten verbundene Probleme zu bewerten. Litauen wird danach streben, dass eine erforderliche Acht auf die wirtschaftlichen und sozialen Reformen in den Partnerländern unter der Verwendung der Übergangserfahrung der EU-Mitgliedstaaten gelegt wird.
Litauen wird danach streben, die Verhandlungen im Rat über einen neuen Assoziierungsbeschluss von überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten zu beenden und sich über die Verordnungen und Entscheidungen des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu einigen, die die Durchführung und die Finanzierung des EEF im Zeitraum 2014-2020 definieren werden.
Litauen wird auch nach einer endgültigen Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung der finanziellen Maßnahmen zur Entwicklungszusammenarbeit streben, die die Durchführung der Programme der Entwicklungszusammenarbeit im Zeitraum 2014-2020 bestimmt.

B6. Humanitäre Hilfe

Während des Vorsitzes in der EU wird Litauen die Gespräche über Europäische humanitäre Hilfe, Effizienz der Politik und der Verbreitung der humanitären Prinzipien sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU fortsetzen.
Um die Bestimmungen der EU-Verträge umzusetzen, wird Litauen danach streben, dass der Rat die Verhandlungen anschließt und zusammen mit dem Europäischen Parlament eine Verordnung über den Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe annimmt. Mit dem Vorschlag beabsichtigt man ein System zum Europäischen Freiwilligenkorps für Humanitäre Hilfe zu schaffen, mit dem die Europäischen Freiwilligen einen Beitrag zur Durchführung der Aktionen der Europäischen humanitären Hilfe leisten könnten.

C. WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Der Rat für Wirtschaft und Finanzen befasst sich mit Fragen über die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, steuerliche Überwachung der öffentlichen Finanzen der Mitgliedsstaaten und des Euro, Finanz- und Kapitalmärkte und wirtschaftliche Beziehungen mit Drittländern in Bezug auf die Politik der Europäischen Union. Der Rat bestätigt zusammen mit dem Europäischen Parlament den jährlichen Haushaltsplan der EU. Bei den Diskussionen der mit der Wirtschafts- und Währungsunion sowie auch der mit dem Euro verbundenen Fragen werden die Mitgliedstaaten, deren Währung nicht Euro ist, an der Abstimmung des Rates nicht teilnehmen..

Bei der Präsidentschaft des Rates für Wirtschaft und Finanzen wird Litauen danach streben, das Vertrauen in die Effizienz der EU-Finanzpolitik zu stärken und die Bedingungen für ein langfristiges, nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu schaffen und die finanzielle Stabilität der Eurozone und der ganzen EU sicherzustellen.

Litauen wird notwendige Arbeiten bei der Lösung der durch die wirtschaftliche und finanzielle Krisis verursachten Probleme fortsetzen und anstreben, dass der Rat Impulse zur wirtschaftlichen Erholung der EU und zur weiteren Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion bietet.

Um wesentliche Probleme der finanziellen EU-Stabilität zu lösen und die damit verbundene weitere Koordinierungsstärkung der Wirtschafts- und Währungspolitik durchzuführen, wird Litauen während seines Vorsitzes im Rat der EU weitere Diskussionen über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungspolitik als Priorität setzen, ebenso wie die allgemeine Bankenaufsicht und Umstrukturierung, andere Regelungsbereiche der finanziellen Dienstleistungen, die effektive Durchführung der verstärkten wirtschaftlichen Regierung und den Kampf gegen Steuerflucht und Steuerbetrug.

Nach dem Inkrafttreten des zweiten Pakets der Maßnahmen zur wirtschaftspolitischen Steuerung werden die Staaten der Eurozone im Herbst 2013 zum ersten Mal an einem Vorabprüfungsprozess des Haushaltes teilnehmen. Litauen wird danach streben, auch andere Aktionen durchzuführen, die die Wirtschafts- und Währungsunion verstärken, die im Juni 2013 im Europäischen Rat vereinbart wurde.

Während des Vorsitzes in der EU wird Litauen die für Mitgliedstaaten festgestellte Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen vom Europäischen Semester fortsetzen. Litauen beabsichtigt, sicherzustellen, dass die Bestimmungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakts angemessen erfüllt werden. Litauen wird auch Acht auf den Prozess der vertraglichen Durchführung über die Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion geben.

C1. EU-Haushalt 2014

Während des Vorsitzes in der EU wird Litauen danach streben, dass der erste jährliche Haushalt 2014 zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 der EU rechtzeitig verabschiedet wird. Während dem Prozess der Verabschiedung dieses Haushaltes wird Litauen danach streben, unterschiedliche Interessen der Mitgliedstaaten auf einen Nenner zu bringen und die Position des Rates bei den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu vertreten. Der rechtzeitig verabschiedete EU-Haushalt 2014 stellt die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung der EU-Prioritäten, in den Bereichen Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerb und Kohäsion sicher.

C2. Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion

Der wirtschaftliche und finanzielle Abschwung hat schwache Bereiche der Wirtschafts- und Währungsunion aufgezeigt, deshalb wurden die Entscheidungen getroffen, sie zu stärken, um die möglichen Bedrohungen in der Zukunft zu vermeiden oder sie mindestens zu vermindern. Die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion wird eine der Prioritäten der litauischen Präsidentschaft sein. Der Bericht des Präsidenten des Europäischen Rates und die Mitteilungen der Europäischen Kommission über die weitere Vertiefung der WWU haben bereits Leitlinien für mögliche weitere Integration gesetzt.

Während des Vorsitzes in der EU wird Litauen nach dem Fortschritt in der Diskussion über konkrete Angebote zur Stärkung der Vorabkoordinierung der Reformen der Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedstaaten und dem Vorschlag streben, zu dem Zweck ein Instrument der EU-Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit zu erstellen, das finanzielle Anreize zur Durchführung der strukturellen Reformen in den Mitgliedstaaten bestimmt.

C3. Bankenunion

Während des Vorsitzes in der EU wird Litauen Fortschritte bei der Festlegung der Bankenunion anstreben, wobei an den Vorschlägen zur Sanierung und Abwicklung von Banken, zu Einlagensicherungssystemen und zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus gearbeitet wird.

Litauen beabsichtigt eine endgültige Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament über die Sanierung und Abwicklung von Banken und über die rechtlichen Vorschläge zum Einlagensicherungssystem zu erreichen. Das Ziel der Vorschläge – eine finanzielle Stabilität sicherzustellen, die Steuerzahler gegen Kosten, die mit Bankenzusammenbrüchen verbunden sind zu schützen und die Vermögenswerte der Einleger zu schützen.

Im Dezember 2012 hat sich der Europäische Rat über einen bestimmten Aktionsplan für Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion geeinigt, in dem vorgesehen ist, einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus zu erstellen. Es wird geplant, dass die Bildung des neuen Mechanismus einen gemeinsamen und kohärenten Ansatz zur Abwicklung von Banken der an diesem Mechanismus teilnehmenden Mitgliedstaaten sicherstellen wird. Sobald die Europäische Kommission einen Vorschlag über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus im Sommer 2013 eingereicht hat, beabsichtigt Litauen, eine effektive Behandlung dieser Frage sicherzustellen und noch mehr Fortschritt zu erreichen, um vor den Wahlen des Europäischen Parlaments 2014 zu einer Einigung zu kommen.

C4. Stärkung der Regulierung der Finanzmärkte

LWährend des Vorsitzes im Rat der EU wird Litauen weiter daran arbeiten, die Regulierung von finanziellen Dienstleistungen zu stärken.

Litauen wird eine endgültige Vereinba-

rung mit dem Europäischen Parlament über die Marktrichtlinie der finanziellen Maßnahmen und über die Verordnung anstreben, die effektive und glaubwürdige Marktstrukturen sichern, die auf neueste technologische Innovationen Rücksicht nehmen, eine bessere Markttransparenz sichern, den Anlegerschutz stärken, mehr Befugnisse an die Aufsichtsbehörden zur Durchführung der effektiven Marktaufsicht erteilen würden. Litauen wird gleichzeitig die Verhandlungen über die Verordnung zum Marktmissbrauch fortsetzen.

Litauen erwartet also maximalen Fortschritt bei den Verhandlungen über die Verordnung der zentralen Wertpapierverwahrstellen sowie auch in der Überprüfung der Geldwäsche und des Terrorismusfinanzierungssystems, das die Empfehlungen der Financial Action Task Force(FATF) auf EU-Ebene implementieren würde.

Im Versicherungsbereich beabsichtigt Litauen die Verhandlungen über die Sammelrichtlinie II zu aktualisieren, nach der die operativen Befugnisse an die neuen Finanzaufsichtsbehörden erteilt werden, und die Übergangszeiträume der Umsetzung der Richtlinie „Solvabilität II" vorzuplanen.

Sobald die Europäische Kommission einen Vorschlag über die strukturelle Bankenreform eingereicht hat, wird darauf abgezielt, die übermäßige Vernetzung von besonders großen Bankgruppen zu vermindern, die Überwachung solcher Gruppen zu erleichtern und die Wahrscheinlichkeit zu verringern, dass die Bankenprobleme mit Steuergeldern gelöst werden. Litauen beabsichtigt die Verhandlungen zu diesem Vorschlag einzuleiten.

Litauen wird nach Fortschritten im Rat bei den Verhandlungen über den Vorschlag zu Bankkonten streben, damit die Kontenmobilität erleichtert sowie eine bessere Transparenz der Gebühren für die Nutzung von Bankkonten gesichert wird.

C5. Steuern

Im Steuerbereich wird Litauen den größten Wert auf die mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug verbundenen Fragen legen. Zu dem Zweck wird Litauen Diskussionen über eine neue Initiative der EU-Kommission über die Richtlinie der administrativen Zusammenarbeit initiieren, mit der geplant wird, die Maßnahmen für den automatischen Informationsaustausch durch die Ausweitung des automatischen Austauschs auf neue Einkunftsarten zu verbessern. Litauen wird nach einer Einigung über die Änderung der Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen streben. [Falls erforderlich, wird versucht, nach einer politischen Vereinbarung über das MwSt.-Vermeidungspaket zu streben, das die Erweiterungsinitiativen des schnellen Reaktionsmechanismus und des Mechanismus der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft beinhaltet. Durch die erste Initiative beabsichtigt man, einen schnellen Reaktionsmechanismus zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetruges vorzubereiten, und durch die andere, die Anwendung des vorläufigen Mechanismus der Umkehrung der Steuerschuldnerschaft mit den Kategorien von neuen Waren und Dienstleistungen, wenn der Käufer statt der Waren- und Dienstleistungsverkäufen die Mehrwertsteuer abrechnen und bezahlen soll.

Litauen wird nach Fortschritten für andere Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug streben, einschließlich möglicher Lösungen zum Thema der durch Diskrepanzen bei Hybridstrukturen verursachten doppelten Nichtbesteuerung.

Litauen wird nach einem Fortschritt über die Mehrwertsteuer-Regeln zur Besteuerung von Belegen streben, Diskussionen über den Entwurf der Richtlinien über die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, Finanztransaktionssteuer und die Energiebesteuerung fortsetzen.

C6. Kampf gegen Schmuggel und andere Formen des illegalen Handels

Nach Angaben der Europäischen Kommission über den illegalen Tabakhandel, insbesondere Zigarettenschmuggel, verlieren die Mitgliedstaaten etwa 10 Milliarden Euro an unbezahlten Steuern und Abgaben, die für die Bedürfnisse der Gesellschaft verwenden werden könnten. Auf diese Weise gehen die Einnahmen für nationale Haushalte verloren, wächst der Umfang der Schattenwirtschaft, was das legale Geschäft untergräbt und der menschlichen Gesundheit schadet.

Bei der Bekämpfung von Schmuggel wird Litauen die bestimmten Maßnahmen in der Mitteilung der Europäischen Kommission „Verstärkung der Bekämpfung des Zigarettenschmuggels und anderer Formen des illegalen Handels mit Tabakerzeugnissen – Eine umfassende EU-Strategie" und ihre Durchführung unterstützen. Zu diesem Zweck beabsichtigt Litauen, die Schlussfolgerungen des Rates anzunehmen. Die Initiative bestimmt die Maßnahmen, wie man strenger gegen den illegalen Tabakhandel, primär mit Zigarettenschmuggel, kämpfen sollte. Einige koordinierende Maßnahmen werden auf der nationalen, internationalen und EU-Ebene eingeführt

C7. EU-Vertretung bei G20

Zusammen mit der Europäischen Kommission und mit der Europäischen Zentralbank wird Litauen während des Vorsitzes in der EU danach streben, die EU-Interessen bei den G20-Treffen von Finanzministern und Zentralbankpräsidenten angemessen zu vertreten. Bei der Vorbereitung auf dieses Treffen wird Litauen einen Beitrag auf die Koordinierung der allgemeinen EU-Position und Koordination in den vorrangigen Bereichen des G20-Formats über die wirtschaftliche Weltsituation und das Wachstum, über die Finanzierung der Investitionen, über die Regelung der Finanzmärkte, über die Reform zum internationalen Finanzsystem und andere aktuelle Fragen leisten.

D. JUSTIZ UND INNERES

Der Rat Justiz und Inneres legt die Politikrichtungen fest und stellt die Durchführung der EU-Politik im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und der Justiz sicher. Im Rat wird großer Wert auf den Interessenschutz und die Bedürfnisse der Bürger und der anderen EU-Bürger gelegt, um sicherzustellen, dass die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten sowie auch ihre Integrität geachtet und die europäische Sicherheit garantiert werden.

LLitauen wird die Durchführung des Stockholmer Programms fortsetzen, das die Prioritäten auf den Bereich der Freiheit, der Sicherheit und der Justiz im Zeitraum 2010-2014 legt.

Litauen beabsichtigt bei der Bewertung von den bis jetzt erreichten Ergebnissen des Stockholmer Programms, eine Diskussion über die Leitlinien der künftigen Entwicklung im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und der Justiz einzuleiten. Um die weitere finanzielle Unterstützung mit den Maßnahmen zu sichern, die die Ziele des Bereichs Justiz und Inneres umsetzen, wird Litauen nach Einigung im Rat und mit dem Europäischen Parlament über die finanziellen Regelungen des Bereichs Justiz und Inneresstreben, um die reibungslose Finanzierung und Umsetzung der Programme ab dem 1. Januar 2014 zu gewährleisten.

Ein großer Wert wird auf die Stärkung zur EU-Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft gelegt. Während des Vorsitzes beabsichtigt Litauen, die erste Tagung des Rates Justiz und Inneres der Östlichen Partnerschaft abzuhalten, um eine engere Zusammenarbeit zu erörtern.

Außerdem wird ein politischer Dialog über Justiz und Inneres mit den USA, dem westlichen Balkan und Russland fortgesetzt werden.

Die Justiz- und Innenpolitik wird einen Beitrag zum Wachstum leisten.

D1. Justiz

Anlässlich des Jahres der EU-Bürger wird Litauen im Bereich der Justiz die Glaubwürdigkeit der EU und ihrer Institutionen stärken und sich auf die Interessen der Bürger und die Verteidigung der Bedürfnisse konzentrieren. Es wird auch weiter über die Stärkung von Hauptrechten in der EU diskutiert, einschließlich der Notwendigkeit zur Förderung eines gemeinsamen historischen Gedächtnisses.

a) Justiz für Wachstum

Litauen wird sich alle Mühe geben, Fortschritte zur Verordnung auf dem Gebiet des gemeinsamen Europäischen Kaufrechts zu machen. Damit wird beabsichtigt, die Wettbewerbsfähigkeit im heimischen Markt zu erhöhen, Hindernisse zur Erstellung grenzüberschreitender Kaufverträge zu mindern und die Probleme solcher Transaktionskosten zu lösen.

Litauen wird die Verhandlungen über eine Verordnung zur Einführung des Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung fortsetzen und nach einem gemeinsamen Ansatz im Rat streben. Dieses wichtige Werkzeug wird dazu beitragen, grenzüberschreitende Beitreibung von Forderungen effektiver zu gewährleisten.

Litauen beabsichtigt, einen wesentlichen Fortschritt bei den Verhandlungen über die bessere Regulierung von Insolvenzverfahren zu erreichen. Dieser Vorschlag dient der Erleichterung von Insolvenzverfahren der juristischen und physischen Personen, zur Feststellung der Bedingungen zur Erhaltung von Unternehmen, die sich an der Schwelle der Insolvenz befinden.

Litauen wird die Verhandlungen über die Abschaffung der Formalitäten für die Legalisierung fortsetzen. Das Ziel dieses Vorschlages: die Last, die von den Bürgern und durch Unternehmen getragen wird, zu vermindern und die aktuelle Anforderung zur Legalisierung (durch Apostille zulassen) der in einem anderen Mitgliedstaat erstellten amtlichen Dokumente zu beseitigen.

b) Datenschut

Litauen wird die Verhandlungen im Hinblick auf die wesentlichen Fortschritte beim Datenschutz-Paket fortsetzen. Mit den Angeboten wird versucht, auf die Prozesse der Globalisierung und auf die rasante Entwicklung der Informationstechnologien (Entstehung von sozialen Netzwerken und Cloud Computing) zu reagieren und entsprechende Bedingungen zur Kontrolle persönlicher Daten in der digitalen Welt für die Nutzer zu schaffen. Ein größeres Vertrauen in Online-Dienste fördert die Entwicklung dieser Dienstleistungen und Innovationen und leistet einen Beitrag zum digitalen europäischen Wirtschaftswachstum.

c) Strafrecht

Elm Bereich des Strafrechtes wird der Schwerpunkt auf den Schutz von finanziellen EU-Interessen gelegt.

Litauen erwartet, die Verhandlungen mit dem EU-Parlament über die strafrechtlichen Maßnahmen in der Richtlinie zur Betrugsbekämpfung einzuleiten. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Mitgliedstaaten dazu zu verpflichten, Straftaten zu definieren und die Sanktionen nicht nur für den Betrug, der den finanziellen Interessen der EU und den Steuerzahlern schadet, sondern auch für sonstige dem Betrug ähnliche Straftaten festzulegen.

Nach dem von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlag für eine europäische Staatsanwaltschaft hat Litauen vor, im Rat mit seiner Analyse anzufangen. Nach dem vorgenannten Vorschlag wird angestrebt, die europäische Staatsanwaltschaft auf der Grundlage von Eurojust zu gründen, zu derer Kompetenz die Untersuchung von Straftaten, die finanzielle Interessen der EU verletzen, die Strafverfolgung von Tätern und ihren Mithelfern und die Unterstützung der Anklage vor Gericht gehören werden.

Litauen erwartet den allgemeinen Ansatz im Rat über den Euro- und sonstigen Währungsschutz gegen Fälschung durch strafrechtliche Maßnahmen. Mit diesem Vorschlag strebt man danach, Straftaten zu definieren und zusätzliche Untersuchungsmaßnahmen und angemessene und verhältnismäßige Sanktionen im Bereich der Euro- und sonstige Währungsfälschung vorauszusehen.

Um Wirtschaftskriminalität zu verhindern, werden die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie zum Einfrieren und zur Einziehung von Einkommen aus Straftaten weiterhin fortgesetzt werden, um die Einigung zu erreichen.

Litauen wird auch nach einem wesentlichen Fortschritt bei den Verhandlungen über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen streben. Durch diese Initiative wird beabsichtigt, justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zu verbessern und ein ausführliches System für die Beweiserhebung in grenzüberschreitenden Fällen zu schaffen.

d) Politik zu Drogenangebot und -nachfrage
Nach dem von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlag über die neue Verordnung zum erleichterten Informationsaustausch über neue psychoaktive Substanzen wird Litauen versuchen, im Rat zu diesem Thema Fortschritte zu machen.

D2. Inneres

Eine der wichtigsten Prioritäten der litauischen Präsidentschaft ist, die Verhandlungen über die Verordnungen abzuschließen, die die Bedingungen zur Innenansicht der Finanzierung für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014-2020 festlegen. Litauen wird nach der endgültigen Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Rechtsvorschriften zur Umsetzung von Finanzierungsprogrammen streben, um ihre Anwendung ab dem 1. Januar 2014 zu gewährleisten.

a) Grenzverwaltung
Während des Vorsitzes wird Litauen im Rat nach weiteren Fortschritten bei der Erörterung der Frage über das Projekt „Intelligente Grenze" streben. Die Vorschläge über das Projekt „Intelligente Grenze" werden unter der Verwendung von fortgeschrittenen Technologien die integrierte Verwaltung der EU-Außengrenze und der überquerenden Migrationsströme stärken sowie die Einreise- und Ausreisebedingungen für registrierte Reisende erleichtern.
Das Programm für registrierte Reisende würde Vielreisenden aus Drittländern erleichterte Einreise in die EU ermöglichen. Diese Initiative würde die Wartezeit am Grenzübergang für die im Voraus von den zuständigen Behörden bewerteten und geprüften Drittstaatsangehörigen verkürzen und die Grenzkontrollen vereinfachen.
Mit dem Einreise- und Ausreisesystem könnte man die Dauer des Aufenthalts in einem Mitgliedstaat der Drittstaatsangehörigen feststellen. Mit dem System könnte man die Einreise- und Ausreisedaten und Orte der reisenden Drittstaatsangehörigen in der EU registrieren. Das System wird dabei helfen festzustellen, ob sich diese Bürger an die Fristen zum legitimen Aufenthalt in den Mitgliedsstaaten halten. Das System, das das aktuelle System der manuellen Erfassung ersetzen wird, wird die Dauer des legitimen Aufenthalts elektronisch berechnen und nationale zuständige Behörden auf die Überschreitung der Dauer des legitimen Aufenthalts hinweisen. Dies wird dazu beitragen, die Grenzkontrollen zu optimieren und die Sicherheit im EU-Raum zu erhöhen.
Litauen wird außerdem versuchen, Fortschritte bei der Regulierung der Verordnung zu maximieren, mit der die Regel zur Überwachung der Seeaußengrenze bei der Umsetzung der operativen Zusammenarbeit unter der Koordination der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen festgestellt werden. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, einheitliche Regeln zur Überwachung der Seegrenzen anzuwenden, die durch die Mitgliedstaaten ausgeführt werden, die an den durch die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen koordinierten Maßnahmen teilnehmen.

b) Migration
Auf dem Gebiet der legalen Migration wird Litauen danach streben, die Verhandlungen mit dem EU-Parlament abzuschließen und die Verordnungen über die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von Saisonarbeitern aus Drittländern und über die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von innerbetrieblich versetzten Drittstaatsangehörigen anzunehmen.
Mit der Annahme dieser Vorschläge würden erleichterte Bedingungen für die Ausführung der saisonalen Jobs von Drittstaatsangehörigen erreicht und erleichterte Einwanderungsbestimmungen für Drittstaatsangehörige geschaffen, die aus den in den Drittländern begründeten Unternehmen in die in EU-Mitgliedsstaaten begründeten Zweigstellen zum Arbeiten versetzt werden.
Litauen wird auch versuchen, mehr Fortschritte in den Verhandlungen über den Vorschlag zur Zulassung von Drittstaatsangehörigen mit dem Ziel wissenschaftliche Forschung, Studium, Schüleraustausch, bezahlte und unbezahlte Praktika, Freiwilligendienst und Teilnahme am „Au-Pair" Programm zu machen. Mit dem Vorschlag wird man nach der Erhöhung der Attraktivität der EU als wissenschaftliches und kulturelles Zentrum, nach der Förderung der Internationalisierung der Wissenschaft sowie nach dem Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union streben.
Auf dem Gebiet der illegalen Migration wird Litauen mit dem EU-Aktionsplan über den Migrationsdruck auch weiter daran arbeiten und plant, die Diskussionen im Rat darüber zu initiieren.
Im Einklang mit dem Gesamtansatz für Migration und Mobilität wird Litauen nach einem kohärenten und umfassenden Ansatz für Außenbeziehungen bei der Entwicklung der Zusammenarbeit mit den strategischen EU-Partnerländern und Regionen im Bereich der Migration streben. Die Europäische Kommission hat den ersten Fortschrittsbericht zum Gesamtansatz für Migration und Mobilität vorgelegt. Aus diesem Grund hat Litauen vor, eine Diskussion über die strategischen Aktionslinien im Rat zu initiieren. Litauen wird auch Initiativen im Bereich der Einführung und Umsetzung von Mobilitäts-Partnerschaften und allgemeinen Agenden bezüglich Migration und Mobilität mit Drittstaaten vorantreiben und die EU-Zusammenarbeit im Rahmen der regionalen Prozesse stärken.

c) Bessere Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden
Im Bereich der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden wird Litauen nach der Erhöhung der Wirksamkeit der EU-Strafverfolgungsbehörden streben, die den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung gegen schwere grenzüberschreitende Kriminalität und gegen den Terrorismus helfen.
Litauen wird nach einem wesentlichen Fortschritt bei der Untersuchung des Vorschlages über die Verordnung der Agentur der Europäischen Union für Zusammenarbeit und Aus- und Weiterbildung im Bereich Strafverfolgung (Europol) streben. Mit dem Vorschlag wird danach gestrebt, die Zusammenarbeit von EU-Strafverfolgungsbehörden zu verbessern, ihre Aktivitäten zu verstärken und zu unterstützen, die Bildungspolitik zu entwickeln. Litauen wird nach einem Fortschritt bei den Verhandlungen mit dem EU-Parlament zur Verwendung von Fluggastdatensätzen und nach den damit verbundenen Verfahren streben, um die Prävention der terroristischen Straftaten und der schweren Kriminalität zu sichern. Die Annahme dieses Vorschlags würde Voraussetzungen für allgemeine Bedingungen und Auflagen für regulierte Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen zwischen einem Drittland und einem Mitgliedstaat (einschließlich EU-Gebiet) und zur Übergabe von Fluggastdaten an die zuständigen Behörden schaffen. Mit diesem Vorschlag wäre die Zusammenarbeit zwischen den Polizeiämtern und den anderen Strafverfolgungsbehörden mit dem Ziel der Prävention von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität verstärkt.
Litauen wird nach der Genehmigung der Finanzprogramme „Hercule III" und „Pericles 2020 streben, sodass die Bedingungen zu ihrer Umsetzung ab dem 1. Januar 2014

gegeben wären. Mit diesen Programmen wird man nach der Gewährleistung weiterer EU-Unterstützung der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten bei der Bekämpfung von Betrug, Euro-Fälschung, Korruption und sonstigen rechtswidrigen Handlungen streben, die den finanziellen EU-Interessen schaden, einschließlich Zigarettenschmuggel und Fälschung von Zigaretten, für eine bessere Sensibilisierung, zur Durchführung von Studien, Organisation von Schulungen und um technische sowie wissenschaftliche Unterstützung zu leisten.

d) Computer- und Netzsicherheit

Litauen wird nach der fließenden Durchführung der EU-Strategie für Computer- und Netzsicherheit streben. Es wird nach der äußeren und inneren Netz- und Informationssystemsicherheit, nach der Stärkung der Bekämpfung der über das Internet verübte Verbrechen sowie nach der Stärkung der IT-Branche und Sicherheitsdienstleistungen gestrebt, damit ein Beitrag zur digitalen Agenda der EU geleistet wäre. Mit diesem Ziel hat Litauen vor, Diskussionen im informellen Rat zu organisieren und die Frage der Computer- und Netzsicherheit am Ministertreffen für Justiz und Inneres der Östlichen Partnerschaft zu besprechen.

e) Visa-Politik

Während der litauischen Präsidentschaft wird großer Wert auf die zur Zeit laufenden Verhandlungen über die Übereinkunft zur Erleichterung der Visabestimmungen und Rückübernahmeabkommen sowie auch auf die Prozesse der Visaliberalisierung mit Dritten gelegt.

Falls erforderlich, wird Litauen die Verhandlungen über die Änderung der Visaverordnung 539/2001 fortsetzen, die die Mechanismen zur Aussetzung der Visaliberalisierung und zur gegenseitigen Zusicherung der Visumpflicht festlegen. Es wird auch versucht, den Vorschlag der Europäischen Kommission über die Änderung der Anhänge zu dieser Verordnung gutzuheißen.

f) Das Schengener Informationssystem

Litauen wird erreichen, dass die Schlussfolgerungen des Rates über die Umsetzung von internationalen EU-Sanktionen mit dem Ziel der besseren Eingabe von Personendaten in das Schengener Informationssystem bestätigt werden. Mit der Annahme der Schlussfolgerungen des Rates hätte man sich über die wirksamere Umsetzung von internationalen EU-Sanktionen geeinigt.

g) Zivilschutz

Litauen wird sich bemühen, die Einigkeit des Rates mit dem Europäischen Parlament zum Beschluss über das Unionsverfahren für den Katastrophenschutz zu erreichen. Mit dem Vorschlag wird man versuchen, die Planung von Reaktionshandlungen zu verbessern, die EU-Reaktionsfähigkeiten und das allgemeine Niveau für die Notfallplanungzu verbessern. Litauen wird sich bemühen, damit der Beschluss bis zum 1. Januar 2014 angenommen und rechtsgültig wird.

Es wird sich auch bemühen, die Schlussfolgerungen des Rates über Massen-Evakuierung bei großen Naturkatastrophen oder durch den Menschen verursachten Katastrophen zu ziehen, deren Bestimmungen Richtungen zur Erhöhung der organisatorischen Effizienz der Massen-Evakuierung der EU-Bevölkerung vorschlagen. Insbesondere in Fällen, in denen es notwendig ist, die Bewohner in andere EU-Mitgliedstaaten zu evakuieren.

E. BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Im Rat für "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" (EPSCO) strebt man danach, die Aktionen der Mitgliedstaaten zu koordinieren oder die minimalen Schutzstandards für die Arbeitsbedingungen (Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit, einen sozialen Dialog und Teilnahme der Arbeiter an der Tätigkeit der Unternehmen), Gesellschaftsgesundheit und Schutz der Interessen der Verbraucher festzusetzen. Da die Mitgliedstaaten für ihre Beschäftigungs-, Sozial- und Gesundheitsschutzpolitiken direkt verantwortlich sind, setzt die Europäische Union nur die allgemeinen Ziele fest, analysiert nationale Mittel und bietet den Mitgliedstaaten individuelle Empfehlungen an.

Während des Vorsitzes wird Litauen nach besserer Beschäftigung sowie Durchführung der Sozial- und Gesundheitspolitik streben. Im Bereich der Sozialpolitik wird das Schwergewicht auf die Erhöhung der Beschäftigung junger Menschen und Diskussionen über die Durchführung des Pakets der Sozialinvestitionen gelegt werden, um starke Steigerung und Verminderung der Sozialtrennung zu erreichen. Außerdem werden die Möglichkeiten für die Bewertung der Verstärkung der Sozialdimension der Wirtschafts- und Währungsunion gefördert werden.

Im Bereich der Gesundheit wird das Schwergewicht auf die Überprüfung der Verordnung zu den Tabakprodukten, Diskussionen über moderne, verfügbare und starke Gesundheitssysteme, Angebot der klinischen Untersuchungen der Arzneimittel und Reglementierung von Medizingeräten gelegt werden.

E1. Bessere Beschäftigungsmöglichkeiten – Fokus auf junge Menschen

Bei der Bewertung vertiefender Konsequenzen der Langzeitarbeitslosigkeit und der wachsenden sozialen Ausgrenzung im Bereich der Beschäftigung junger Menschen, wird das vorsitzführende Litauen die höchste politische Aufmerksamkeit der Durchführung der Initiative der Jugendgarantie sichern, die versucht, Fragen der Jugendbeschäftigung zu lösen. Außerdem wird es Diskussionen mit den Sozialpartnern und Mitgliedstaaten über die Europäische Allianz für Ausbildung geben, die die Aktionen der Mitgliedstaaten, Sozialpartner, Unternehmen und anderen verbundenen Einrichtungen und der Europäischen Kommission bei der Entwicklung von qualitativ hochwertigen Lehrstellen und Ausbildungen am Arbeitsplatz als Teil der Berufsausbildung kombinieren. Um die Durchführung der Ziele dieser Allianz in den Mitgliedstaaten zu sichern, wird Litauen danach streben, die Erklärung des Rates anzunehmen.

Litauen wird auch nach dem Einverständnis im Rat und mit dem Europäischen Parlament über die Verbesserung der Zusammenarbeit der staatlichen Beschäftigungsagenturen streben, die zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit junger Menschen in der ganzen Europäischen Union beiträgt.

E2. Rechte der Arbeiter

Um den minimalen Schutz der entsandten Arbeiter besser zu sichern, wird Litauen die Verhandlungen im Rat hinsichtlich der Durchsetzung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rah-

men der Erbringung von Dienstleistungen fortsetzen und danach streben, eine Einigung mit dem Europäischen Parlament zu finden. Außerdem wird man nach Fortschritt bei der Zustimmung des Rates der Übertragung zusätzlicher Garantien der beruflichen Renten streben. Mit diesen Initiativen wird man danach streben, Hindernisse für die Mobilität der Arbeiter zu vermindern, auch die Sicherung des minimalen Schutzes der Arbeiter während ihrer Dienstreise und das Recht auf die Rente und ihre Übertragung zu verbessern.

Um die Solidarität den Arbeitern auszudrücken, denen wegen der von der Globalisierung ausgelösten strukturellen Veränderungen in den industriellen Sektoren der Welt gekündigt wurde, und ihre aktive Reintegration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, wird Litauen nach der Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 – 2020) streben, damit diese ab 1. Januar 2014 wirksam ist.

Litauen wird auch nach möglichst großen Fortschritten bei der Beurteilung der Verordnung streben, damit die Arbeiter ihre Rechte auf freie Bewegung der Arbeiter leichter wahrnehmen können. Mit dem Angebot wird man danach streben, Diskrimination aufgrund der Staatsangehörigkeit zu vermindern und die Freizügigkeit der Arbeiter zu verbessern.

E3. Sozialinvestitionen

Litauen wird im Rat die Diskussion über das Paket der Sozialinvestitionen fortsetzen, mit dem man danach strebt, die Durchführung der Programme des Sozialfonds Europas und soziale Integration zu verbessern. Mittels der Sozialinvestitionen wird man danach streben, erforderliche Bedingungen für die Wirtschaftssteigerung und strukturelle Änderungen zu schaffen. Die Verpflichtungen ihrer Durchführung werden in den nationalen Reformprogrammen fixiert werden. Während der Vorsitzführung Litauens werden informale Diskussionen im Rat über die Aspekte des Pakets der Sozialinvestitionen vorgesehen und der Schwerpunkt wird auf den Teil des Dokuments „Investitionen in Kinder: helfen wir ihnen sich aus einer ungünstigen Soziallage befreien" gelegt werden.

Um die Armut zu vermindern und soziale Kohäsion zu fördern, wird Litauen die Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Gründung eines Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen suchen.

E4. Sozialdimension der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte einen negativen Einfluss auf die Bereiche Beschäftigung und Sozialpolitik. Eine hohe Arbeitslosenquote, wachsende soziale Ausgrenzung und die daraus entstehenden Probleme betonten die Wichtigkeit und Aktualität der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion. Litauen wird die während der Vorsitzführung Irlands angefangenen Diskussionen über diese Frage fortsetzen und beabsichtigt, informelle Diskussionen im Rat zu organisieren.

E5. Gleichbehandlung von Männern und Frauen

Im Bereich der Chancengleichheit von Männern und Frauen wird Litauen danach streben, die Effektivität der institutionellen Mechanismen zu erhöhen, damit faktische Gleichstellung der Geschlechter schneller erreicht wird. Über diese Frage wird Litauen eine Konferenz auf Minister-Ebene in Vilnius organisieren und beabsichtigt, die Schlussfolgerungen des Rates anzunehmen. Bei der Förderung eines Ziels, die Vertretung der Frauen im Bereich der Entscheidungstreffung zu verbessern, wird Litauen die während der Periode der Vorsitzführung Irlands im Rat angefangenen Verhandlungen über die Verordnung zur ebenmäßigen Vertretung der Geschlechter in den Vorständen von Unternehmen fortsetzen, um ein gemeines Einverständnis im Rat zu erreichen.

E6. Nicht-Diskriminierung

Bei der Vorsitzführung beabsichtigt Litauen auch, nach Fortschritten bei der Richtlinie zur Nichtdiskriminierung zu streben. Mit dieser Initiative wird man danach streben, das Prinzip der Gleichbehandlung von Personen, unabhängig von Religion oder Glauben, Behinderung, Alter oder sexueller Orientation in den mit dem Arbeitsmarkt nicht verbundenen Bereichen umzusetzen.

Sobald die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Verbesserung der Mittel zur Integration der Roma vorlegt, werden sie dem Rat zur Genehmigung unterbreitet.

E7. Vertretung der Europäischen Union bei G20

Das zusammen mit der Europäischen Kommission im Rat der Europäischen Union vorsitzführende Litauen wird danach streben, gebührend die Interessen der Europäischen Union beim G20-Treffen der Minister für Arbeit und Beschäftigung und an dem zum ersten Mal organisierten gemeinen Treffen der Minister für Finanzen und Beschäftigung zu vertreten. Bei der Vorbereitung für dieses Treffen wird Litauen zur Koordinierung und Harmonisierung der gemeinen Position der Europäischen Union im Verhältnis mit den von Russland angebotenen Verpflichtungen der G20-Länder auf kurze, mittlere und lange Sicht im Bereich der Geschäftigkeitspolitik beitragen, besonders unter Rücksichtnahme auf die Umsetzung der Verpflichtungen im Jugendbereich.

E8. Gesundheit

Während der Vorsitzführung wird Litauen anbieten, die Schlussfolgerungen des Rates über moderne, verfügbare und starke Gesundheitssysteme anzunehmen. Diese Schlussfolgerungen betonen eine Notwendigkeit, Fähigkeiten der Mitgliedstaaten der EU zu verstärken, das Prinzip „Gesundheit in allen Politiken" praktisch anzuwenden und das Vertrauen in bewährte Methoden zu fördern. Man beabsichtigt, in die Schlussfolgerungen genaue Durchführung der Ziele der Strategie „Europa 2020" im Bereich der Gesundheit, effektive Investitionen im Gesundheitssektor und Verwendung der strukturellen Unterstützung der EU, Innovationen im Bereich der Pharmazie, Modelle der integrierten Pflege und bessere Verwaltung der Krankenhäuser einzuschließen.

Litauen beabsichtigt, nach dem Einverständnis mit dem Europäischen Parlament über die Überprüfung der Verordnung zu den Tabakprodukten zu streben. Das Ziel dieses Angebotes ist, Unterschiede zwischen den Rechtsakten der Mitgliedstaaten zu vermindern, Markierung der Tabakprodukte mit Warnaufschriften zu harmonisieren, Information der Verbr-

aucher über die Zusammensetzung der Tabakprodukte zu verbessern, rechtliche Akten über die Begrenzung der gesundheitsgefährlichen und reizerhöhenden Substanzen in den Tabakprodukten zu vereinheitlichen und die Verfügbarkeit der Tabakprodukte im Markt zu reglementieren.

Litauen beabsichtigt auch, das gemeine Einverständnis im Rat über das Reglement der klinischen Untersuchungen der für die Menschen bestimmten Arzneimittel zu erreichen. Mit dieser Initiative wird man danach streben, die Prozeduren zur Vorlage der Gesuche für klinische Untersuchungen und Ausstellung der Erlaubnisse zu vereinfachen, damit sie auf EU-Ebene harmonisiert, flexibel und effektiv werden, Regeln über die Durchführung klinischer Untersuchungen in extremen Situationen zu ergänzen, Prinzipien der Vergütung für die Menschen, die während der klinischen Untersuchungen Schäden erlitten haben, zu spezifizieren und zu vereinfachen, Ordnung der Vorlage der Sicherheitsmeldungen zu erneuern und zu modernisieren, Verantwortlichkeit des Auftraggebers einer klinischen Untersuchung klarer zu bezeichnen.

Litauen wird nach Fortschritten in den Verhandlungen über zwei Vorschläge der Rechtschaffung im Bereich der Medizinprodukte streben: in Bezug auf die Verordnung über Medizinprodukte und Verordnung über in-vitro-Diagnostika. Mit diesen Vorschlägen wird man danach streben, die Nachteile und Lücken der derzeit geltenden Rechtsvorschriften zu eliminieren, Überwachung der benannten Stellen der Medizinprodukte und Regeln der klinischen Beurteilung zu verschärfen, Verordnungen zur Marktaufsicht und Wachsamkeit zu verschärfen, Nachweisbarkeit der Medizinprodukte zu erhöhen und Verwaltung des Systems zu verbessern, Methoden effektiver Zusammenarbeit zwischen den Institutionen festzusetzen. Man hofft, dass diese Initiativen Innovationen im Bereich der Medizinprodukte fördern, reibungsloses Funktionieren des Innenmarkts und ein hohes Maß an Gesundheit und Sicherheit der Menschen sichern.

Litauen wird nach Fortschritten hinsichtlich der Richtlinie über die Transparenz von Maßnahmen streben, die die Preisfestzetzung bei Arzneimittel für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung im Bereich der Anwendung der staatlichen Gesundheitsversicherungssysteme regeln. Man wird danach streben, mit dieser Initiative zu sichern, dass die Beschlüsse über die Preisbildung und Erstattung rechtzeitig und klar getroffen werden.

F. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit vereint Politik der Europäischen Union des Binnenmarkts, der Industrie und Forschung, um genaue Koordinierung der politischen Ziele zu sichern und höhere Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu erreichen. Der Rat führt eine horizontale Überwachung und Umsetzung von Aktivitäten in den Bereichen des Binnenmarkts (öffentliches Auftragswesen, Dienstleitungs- und Niederlassungsfreiheit, freier Warenverkehr, geistiges und gewerbliches Eigentum, Wettbewerbs- und Gesellschaftsrecht), intelligente Regulierung, Politik für kleine und mittelständige Unternehmen, Industrie, Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Umwelt, Innovation, Forschung und technologische Entwicklung durch.

Die wirtschaftliche Steigerung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit bleibt eine der wichtigsten Prioritäten der EU bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020". Bei der Erhöhung internationaler Wettbewerbsfähigkeit, des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa wird Priorität auf die Vertiefung des EU-Binnenmarktes, Aktivitäten im Dienstleistungssektor und in der Netzwerk-Industrie, Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der digitalen Agenda, Aktivitäten zur Erhöhung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationen und Wissenschaftsforschungssysteme, den für kleine und mittelständige Unternehmen günstigen Regelungsumfeld, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung gelegt.

F1. Binnenmarkt

Der ordnungsgemäß funktionierende Binnenmarkt der EU ist Basis wettbewerbsfähiger Unternehmen Europas, wettbewerbsfähiger Wirtschaft der EU und wirtschaftlicher Steigerung. Während des Vorsitzes Litauens wird eine der Hauptrichtungen zur Verstärkung des Binnenmarkts die Verbesserung seiner Verwaltung und Durchführung der Regeln des Binnenmarkts sein.

Litauen wird sich alle Mühe geben, um die erste Beurteilung der Prioritätsinitiativen der Binnenmarktakten über die Schaffung integrierter Eisenbahn-, Meer-, Land- und Lufttransportnetze, Schaffung des gemeinen Energiemarkts, Schaffung des gemeinen digitalen Markts, Förderung der Mobilität der Bürger und Unternehmen, des sozialen Unternehmensgeistes und Kohäsion zu beenden und die zweiten Beurteilung zu beschleunigen.

Litauen wird sich weiter alle Mühe geben, um die Durchführung der Verordnung zu den Diensten zu verbessern. Während der Periode der Vorsitzführung wird Litauen die Überprüfungsresultate der Regulierung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union besprechen, um nicht-proportionale, mit den Anforderungen ans Aktienkapital und juristische Form der Unternehmen verbundene Begrenzungen zu eliminieren; es wird auch die mit der Verbesserung der Qualität und des Umfangs der von den Kontaktzentren geleisteten Diensten verbundenen Taten koordinieren. Litauen wird im Rat die Besprechung des Tatplans des Kleinhandels Europas und Durchführung der Strategie der elektronischen öffentlichen Käufe initiieren. Außerdem wird man vorhaben, die Verwaltung des Binnenmarkts bei der Bezeich-

nung der Maßstäbe für weitere Arbeiten in diesem Bereich zu verstärken, auch die europäischen Semestermittel breiter auszunutzen und Durchführungsprobleme sowohl im harmonisierten Sektor als auch im Bereich der gegenseitigen Anerkennung zu besprechen. Litauen wird danach streben, dass der Rat die Schlussfolgerungen macht, die die obengenannten Aspekte zur Umsetzung der Innenmarktpolitik überblicken und weitere Richtungen aufzeichnen.
Die Erhöhung der Effizienz des öffentlichen Beschaffungswesens, die Vereinfachung und Umstellung auf elektronische Beschaffung braucht viel Aufmerksamkeit regelmäßige Verfolgung des Fortschritts. Falls erforderlich, wird Litauen die Arbeit beim Streben nach der Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Annahme eines Pakets von Richtlinien zum öffentlichen Auftragswesen fortsetzen.
Im Bereich technische Harmonisierung von Kraftfahrzeugen wird Litauen die Arbeit für die Zustimmung eines Vorschlags fortsetzen, damit die Überführung der in einem anderen Mitgliedstaat registrierten Kraftfahrzeuge im gemeinsamen Markt vereinfacht wird.

F2. Geistiges Eigentum

Unter Rücksichtnahme des während des Vorsitzes Irlands erreichten Fortschrittes, beabsichtigt Litauen, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie über die kollektive Rechtewahrnehmung und Lizenzierung der Musikwerke online zu beginnen, wobei die Annahme dieses Dokuments erhofft wird. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie wird man vorhaben, gemeinsame Tätigkeitsregeln für alle Organisationen kollektiver Verwaltung der Urheberrechte in der EU festzusetzen und Bedingungen der Lizenzierung der Musikwerke im Internet zu bestätigen.
Litauen wird nach Fortschritten bei der Reform des Handelsmarkensystems Europas streben. Mit dem Vorschlag über die Änderungen in der Verordnung zu den Handelsmarken und im Reglement der Handelsmarken der Gemeinschaft wird man danach streben, die Handelsmarkensysteme der EU und nationale Handelsmarkensysteme zu modernisieren, die Struktur der Zusammenarbeit zwischen dem Rat zur Koordinierung des Binnenmarkts und den nationalen Handelsmarkenagenturen festzusetzen und die Arbeitsweise der Handelsmarkenagenturen zu vereinheitlichen.

F3. Intelligente Regulierung und kleine und mittelständige Unternehmen

Während des Vorsitzes Litauens wird man danach streben, dass die Durchführung der Initiativen intelligenter Regulierung die Schaffung einer Umwelt, die günstig fürs Geschäft, besonders für kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) ist, zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Verminderung der Betriebskosten beiträgt. Bei der Beratung mit den Sozialpartnern und Verwendung des Arbeitsweisen der Mitgliedstaaten wird man vorhaben, die Anwendung der Mittel intelligenter Steuerung, wie zum Beispiel des KMU-Tests, der Prüfung auf Wettbewerbsfähigkeit und Ex-post-Bewertung zu verbessern. Diese Aspekte werden sich in den Schlussfolgerungen des Rates widerspiegeln, die man anzunehmen beabsichtigt.
Litauen wird das Schwergewicht auf wesentliches Wachstum und Nachhaltigkeit der KMU und d.h. den Small Business Act (SBA) legen. Zum Gedenken an den fünften Jahrestag der Annahme des SBA wird Litauen politische Diskussionen über den Fortschritt der Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Mittel des SBA und Hindernisse für ihre komplette Durchführung initiieren.
Um die mit dem multidimensionalen Programm 2014-2020 verbundene Beschlüsse umzusetzen und Finanzierungsbedingungen für KMU zu verbessern, wird Litauen versuchen sicherzustellen, dass die Umsetzung des neuen Programms für Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und KMU am 1. Januar 2014 umgesetzt wird.

F4. Industrie

Das vorsitzführende Litauen wird das Schwergewicht auf die Fragen der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Umsetzung der während der Überprüfung der Industriepolitik der EU im Jahr 2012 bestätigten horizontalen Initiativen mittels eines Aktionsplans legen, damit die Nachfrage nach innovativen Waren und Diensten gefördert, Clusterbildung in Unternehmen der EU und Anwendung der hocheffektiven Technologien verstärkt werden.
Während des Vorsitzes wird Litauen den Fortschritt der Umsetzung der Maßnahmen der Industriepolitik der EU bewerten und nach dem Einigung über kurz-bis mittelfristige Prioritäten streben. Sobald die Europäische Kommission ihren Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Europäischen Union und Mitgliedstaaten vorlegt, wird Litauen die vorgenannten Vorschläge in den Aktionsplan integrieren, der dem Rat zur Genehmigung in Form von Schlussfolgerungen über wettbewerbsfähige europäische Industrie vorgelegt wird.

F5. Modernisierung der öffentlichen Verwaltung

Während des Vorsitzes wird Litauen die Wichtigkeit der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung in solchen Bereichen wie elektronische Vergabe öffentlicher Aufträge, Förderung der Innovationen über öffentliche Auftragsvergabe, Erhöhung der Effektivität staatlicher Unternehmen und Verbesserung der Umwelt der KMU (Anwendung des Grundsatzes „zuerst an die kleinen Betriebe denken") unterstreichen.
Sobald die Europäische Kommission rechtzeitig einen Vorschlag über elektronische Rechnungstellung im öffentlichen Auftragswesen vorlegt, wird Litauen danach streben, dass der Rat die Einigung erreicht. Mit dieser Initiative wird man danach streben, die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Sektor zu verwenden und das Zusammenwirken der nationalen elektronischen Abrechnungssysteme zu verstärken. Das würde die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen erhöhen, Betriebskosten der Unternehmen und Beschaffungskosten der Behörden verringern und automatisierte Verfahren im Zusammenhang mit Rechnungen fördern.
Während des Vorsitzes im Rat wird man danach streben, Meinungen über die Rolle der staatlichen Unternehmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit auszutauschen, die beste Arbeitsweise der Mitgliedstaaten bei der Sicherung des wirksamen Betriebs dieser Unternehmen zu diskutieren.
Litauen beabsichtigt, bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie sowie weiterer Richtlinien im Bereich der besseren Rechtsetzung (siehe auch den Abschnitt zum

Binnenmarkt im Programm), die Fragen der verbesserten Arbeitsweise der Einheitlichen Ansprechpartner zu diskutieren.

F6. Unternehmensrecht

Litauen wird vorhaben, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Vorschläge zu Pflichtprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen und bestimmte Anforderungen an die Pflichtprüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse abzuschließen. Mit den Vorschlägen strebt man danach, den Binnenmarkt für Abschlussprüfungsdienstleistungen und seine Konkurrenzfähigkeit zu verstärken, die Qualität der Prüfung zu verbessern, Unabhängigkeit der Abschlussprüfer und Prüfungsunternehmenzu verstärken und Aufsicht der Prüfungsmärkte auf EU-Ebene durchzuführen.

Außerdem wird Litauen vorhaben, eine Diskussion über den Vorschlag zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen im Rat einzuleiten, damit man danach strebt, die Klarheit und Vergleichbarkeit der Information großer Unternehmen Europas über ökologische, soziale und Mitarbeiterangelegenheiten, Achtung der Menschenrechte, Aspekte der Antikorruption und Bestechung sowie Einzelpersonen in Leitungsorganen zu erweitern.

Litauen wird nach einem allgemeinen Ansatz im Rat und Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Finanzierung von drei internationalen Organisationen – International Accounting Standards Board (IASB), Europäische Beratergruppe für Rechnungslegung (EFRAG) und Public Interest Oversight Board (PIOB) – in den Jahren 2014-2020 streben, die dazu beitragen würde, die Bedingungen des Binnenmarkts durch die Förderung einer transparenten und unabhängigen Vorbereitung der internationalen Rechnungslegungs- und Prüfungsstandards zu verbessern.

Das vorsitzführende Litauen wird den Vorschlag über die Verordnung des Rates über das Statut der europäischen Stiftung weiter analysieren, mit der man danach strebt, eine neue rechtliche Form der juristischen Person auf EU-Ebene einzurichten. Litauen wird auch auf andere Initiativen Acht geben, die vielleicht während des Vorsitzes Litauens aus dem Aktionsplan der Europäischen Kommission entspringen werden, um das Recht und Verwaltung der Gesellschaften zu modernisieren.

Um die wichtigsten Fragen der Verwaltung der Gesellschaften zu besprechen, wird die 13. Konferenz der Steuerung Europäischer Gesellschaften während der Vorsitzführung Litauens am 8. und 9. Oktober 2013 in Vilnius organisiert.

F7. Verbraucherrechte

Litauen wird im Rat nach wesentlichem Fortschritt im Verhältnis mit dem Paket zur gemeinen Sicherheit der Produkte und Marktaufsicht streben, um die gemeinsamen Anforderungen an die Sicherheit der Produkte zu erneuern, Prozeduren der Marktaufsicht zu vereinfachen und Mittel für effektivere Koordinierung der Arbeit der Marktaufsichtinstitutionen und ihre Zusammenarbeit vorzusehen.

Während der Vorsitzführung wird Litauen danach streben, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung des Verbraucherschutzprogramms 2014-2020 abzuschließen, damit die Massnahmen des Verbraucherschutzprogramms ab Anfang des Jahres 2014 erfolgreich umgesetzt werden.

Während der Vorsitzführung Litauens beabsichtigt man auch, die Verhandlungen über die Überarbeitung der Richtlinieüber Pauschalreisen, Pauschalurlaubsreisen und Pauschalarrangements zu initiieren, damit insbesondere über das Internet gekaufte Reisen miteinbezogen werden.

F8. Zusammenarbeit der Zollämter

Sobald die Europäische Kommission den Fortschrittsbericht vorlegt, beabsichtigt Litauen, die Schlussfolgerungen des Rates über weitere Verstärkung der Zusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit den östlichen Nachbarn im Bereich der Tätigkeit des Zollamts anzunehmen. Während der Vorsitzführung Litauens wird man danach streben, den Fortschritt zu bewerten und zusätzliche Mittel für die Verstärkung der Zusammenarbeit anzubieten.

F9. Tourismus

Bei der Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission wird Litauen das 12. Europäische Tourismusforum organisieren, wo man danach strebt, weitere Aktivitäten und Maßnahmen vorzusehen, die die Attraktivität Europas als Reiseziel erhöhen, und über zukünftige Tourismustendenzen und Perspektiven der Finanzierung des Tourismus im Jahr 2014-2020 diskutiert.

Im Hinblick auf die zukünftige Initiative der Europäischen Kommission über das Gütezeichen des europäischen Tourismus, beabsichtigt Litauen, die Diskussion zu diesem Thema im Rat zu initiieren.

F10. Forschung

Die Entwicklung der Forschungen und Innovationen Europas ist untrennbar mit den Zielen der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit Europas verbunden. Im Kontext der Durchführung der Strategie „Europa 2020“ und Musterinitiative „Innovatives Europa“ wird Litauen vorhaben, sicherzustellen, dass die Umsetzung des gemeinen Programms für Forschung und Innovation der EU „Horizont 2020“ (das auch die Finanzierung der Tätigkeit des Europäischen Innovations- und Technologieinstitutes sowie das Euratom-Programm einschließt) Anfang 2014 beginnt.

Litauen wird auch Diskussionen über die Initiativen zur Umsetzung des Programms organisieren, die Vorlage derer Vorschläge die Europäische Kommission im dritten Viertel des Jahres 2013 beabsichtigt.

Im Hinblick auf die politischen Leitlinien des Europäischen Rates wird Litauen entsprechende Acht auf die Umsetzung des Europäischen Forschungsraums geben, um einen Binnenmarkt des Wissens, der Forschung und Innovation bis zum Jahr 2014 zu schaffen. Sobald die Europäische Union ihren Bericht über den Fortschritt bei der Schaffung des Europäischen Forschungsraums vorgelegt hat, beabsichtigt Litauen, politische Diskussionen im Rat zu organisieren.

F11. Weltraum

Litauen wird im Rat eine Diskussion über die Einrichtung eines Unterstützungsprogramms für die Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum fortführen, um die langfristige Nutzung und Sicherheit der europäischen und nationalen Raumfahrt-Infrastruktur und Dienstleistungen zu sichern.

Litauen wird im Rat nach Fortschritten für eine Verordnung über das europäische Erdbeobachtungsprogramm („Copernicus“) streben. Copernicus ist ein langfristiges Programm, das auf die Partnerschaften der Europäischen Union, Mitgliedstaaten, Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und anderer verbundenen europäischen Akteure beruht.

G. VERKEHR, TELEKOMMUNIKATIONEN UND ENERGIE

Der Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie analysiert die Fragen, die bei der Schaffung eines modernen und effektiven Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationssystems wichtig sind, das im Hinblick auf wirtschaftliche, soziale und Umweltschutzaspekte reibungslos funktioniert. Eine harmonische und starke Infrastrukturentwicklung ist das Hauptziel beim Streben nach effektivem Funktionieren des Binnenmarkts und wirtschaftlicher und sozialer Kohäsion der Europäischen Union.

Ein einzelner Bereich für Verkehr und Telekommunikation ist eine Voraussetzung für das effiziente Wachstum der europäischen Wirtschaft. Um diese Ziele zu erreichen, soll das Schwergewicht auf die Verbindung der transeuropäischen Infrastrukturnetze, die Schaffung eines einheitlichen Verkehrsraumes der EU, die Entwicklung des digitalen Marks und Umsetzung der Maßnahmen gelegt werden, die die Innovationen und Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Litauen wird als vorsitzführender Staat des Rates der Europäischen Union danach streben, zur Umsetzung dieser Ziele beizutragen.

Um die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern der Östlichen Partnerschaftzu verstärken, beabsichtigt Litauen, ein Ministertreffen für Verkehr der Östlichen Partnerschaft zu organisieren.

Litauen wird mit der Europäischen Kommission und Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, damit der EU-Binnenmarkt für Energierechtzeitig – im Jahr 2014 – vollendet wird. Litauen wird der Umsetzung des von der Europäischen Kommission vorbereiteten Aktionsplans Priorität geben und die Verstärkung der Überwachung seiner Verpflichtungen initiieren.

G1. Verkehr

Um das Wachstum der EU-Wirtschaft und effektives Funktionieren des Binnenmarktes zu sichern, wird das im Rat vorsitzführende Litauen den Fragen über die Entwicklung der Infrastrukturnetze, die Unbedenklichkeit und Sicherheit von Fahrzeugen, den fairen Wettbewerb und die Entwicklung neuer Technologien Priorität geben.

a) Intermodaler Transport

Litauen wird im Rat die Diskussion fortsetzen und nach einem allgemeinen Ansatz in Bezug auf die Richtlinie zur Einführung der Infrastruktur des alternativen Kraftstoffs streben, deren Ziel ist, die Abhängigkeit vom Öl zu vermindern, eine sauberere Umwelt für die Einwohner zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu steigern.

Bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele im Rahmen der Strategie „Europa 2020" ist eines der wichtigsten Ziele eine Verordnung zur Überprüfung der Funktionen der europäischen GNSS-Agentur, um die Sicherheit der europäischen Satellitennavigationssysteme zu sichern. Litauen wird während der Vorsitzführung im Rat nach einem allgemeinen Ansatz im Zusammenhang mit dieser Frage streben.

b) Landverkehr

Im Bereich des Landverkehrs wird das vierte Eisenbahntransportpaket wichtig sein, mit dem man danach strebt, die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit des Eisenbahnsektors zu steigern und zur Schaffung eines einheitlichen Verkehrsraums der EU beizutragen. Litauen wird den technischen Teil fortsetzen, deren Beratung während der Vorsitzführung Irlands begann, und nach einem allgemeinen Ansatz im Rat hinsichtlich der Eisenbahnsicherheitsrichtlinie streben.

Litauen wird nach der Einigung mit dem Europäischen Parlament über das Verkehrstüchtigkeits-Paket (Fahrzeugsicherheit) streben. Das Paket besteht aus den Vorschlägen zur periodischen technische Überwachung der Kraftfahrzeuge, technische Unterwegskontrolle von Nutzfahrzeugen und der Zulassungsdokumente für Fahrzeuge. Mit der Annahme dieser Vorschläge wäre ein wichtiger Schritt in Richtung einheitlicher Sicherheitsstandards im Straßenverkehrssystem der EU getan.

c) Lufttransport

Litauen wird vorhaben, dass der Rat Fortschritte bei der Diskussion der Vorschläge macht, deren Ziel es ist, die Rechte von Fluggästen auf angemessene Informationen, Unterstützung während der Reise und angemessene Entschädigung bei Annullierung, Verspätung oder Nichtbeförderung zu stärken.

Litauen beabsichtigt, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament im Zusammenhang mit dem Vorschlag über die Meldung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt einzuleiten. Das Ziel dieser Initiative ist, Flugunfälle mit Hilfe der Sammlung und Analyse der Information über Ereignisse in der Zivilluftfahrt zu verhindern.

Während der Vorsitzführung Litauens im Rat werden Gespräche über das Paket des einheitlichen europäischen Luftraums (SES) II+ initiiert. Litauen wird einen Fortschrittbericht zu dieser Diskussion vorbereiten. Das Paket wird die restlichen offenen Fragen über die Entwicklung des einheitlichen europäischen Luftraums (SES), einschließlich der Bereitstellung von Flugsicherung und Spezifikation eines institutionellen Systems auf EU-Ebene bei der Abgrenzung der Verantwortung der verschiedene Organisationen, analysieren.

Außerdem plant man auch, den Beschluss des Rates über die Einführung von SESAR Gemeinschaftsunternehmen anzunehmen.

d) Seeverkehr

Litauen beabsichtigt, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Richtlinie zur Schiffsausrüstung einzuleiten, mit der man danach strebt, das Funktionieren des Binnenmarkts für Schiffsausrüstung und ein hohes Maß an Sicherheit auf See sowie die Verhütung der Meerverschmutzung zu sichern.

Litauen wird auch nach Fortschritten im Zusammenhang mit den politischen Maßstäben der Meerhäfen Europas streben, die den Häfen ermöglichen, steigende Frachtströme effektiver zu verwalten und reibungslosere logistische Prozesse fördern.

Vorsitzführendes Litauen wird nach einem allgemeinen Ansatz und Einverständnis mit dem Europäischen Parlament bei der Annahme der Vorschläge über die Regelung zur Finanzierung der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) streben.

G2. Einheitlicher digitaler Markt

Während der Vorsitzführung wird Litauen nach Fortschritten bei der Durchführung der digitalen Agenda Europas streben, deren Ziel es ist, einen neuen Anstoß für die Wirtschaft Europas und höheren Nutzen für die Gesellschaft zu bringen, Vertrauen ins Internet und dessen Sicherheit, Verbesserung der digitalen Bildung und Einschließung junger Menschen

zu erhöhen, einen Zugang zu bedeutend schnellerem Internet, tauglichem Datenschutz, Entwicklung der Investitionen in die Forschung zu sichern, Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien bei der Lösung der in der Gesellschaft entstehenden Probleme (zum Beispiel Klimawandel, Überalterung der Bevölkerung) zu erweitern.
Litauen wird vorhaben, die genaue intersektorale Umsetzung der Ziele der digitalen Agenda bei der Umsetzung der der vorrangigen Maßnahmen der zweiten Binnenmarktakte zu sichern. Um einen digitalen Binnenmarkt der EU bis zum Jahr 2015 zu schaffen, wird Litauen auf die Notwendigkeit hinweisen, die vorgesehenen Mittel der EU bei der Erhöhung der Transparenz der Kosten für Bankkonten, Verminderung der Kosten für die Implementierung der Infrastruktur der elektronischen Kommunikation im digitalen Markt und Verbesserung des Funktionierens des Binnenmarkts der elektronischen Kommunikation zu beschleunigen. Litauen wird vorhaben, die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Schaffung eines integrierten Zahlungsmarkts Europas und Ausstellung der elektronischen Rechnungen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens im Rat zu beschleunigen.
Litauen wird danach streben, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die elektronische Identifizierung und Treuhanddienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt zu initiieren. Das Ziel des Vorschlags ist, elektronische Transaktionen zu erleichtern und gegenseitige Anerkennung der elektronischen Identifizierung- und Authentifizierungsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten zu sichern.
Litauen wird nach der Einigung mit dem Europäischen Parlament über die Leitlinien für die transeuropäischen Telekommunikationsnetze (TEN-TELE) streben. Mit diesem Vorschlag strebt man danach, die Leitlinien und Prioritäten der Entwicklung der Infrastruktur der Breitbandnetze und digitalen Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikationen festzusetzen.
Litauen wird nach Fortschritten in Bezug auf die Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit streben, deren Ziel es ist, die wichtigsten Risiken, Lösungen und weitere Aktionen und Bereiche zu identifizieren, die mit der Sicherung der Internetsicherheit verbunden sind und die Rolle der EU erhöhen würden, auch in Bezug auf die Verordnung zur Senkung der Kosten für die Bereitstellung der Breitbandkommunikation und die Richtlinie über die Zugänglichkeit der Websites der Institutionen des öffentlichen Sektors, deren Ziel es ist, die Zugänglichkeit der elektronischen Inhalte für Behinderte zu erhöhen.

G3. Energie

Unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Februar 2011 und Mai 2013 wird Litauen mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, damit der EU-Binnenmarkt gemäß Plan im Jahr 2014 vollendet wird. Litauen wird der Umsetzung des von der Europäischen Kommission vorbereiteten Aktionsplans Priorität geben und die Verstärkung der Überwachung seiner Verpflichtungen initiieren. Am Ende der Vorsitzführung wird Litauen dem Rat einen Bericht über die Umsetzung des Binnenmarktes für Energie vorlegen.
Am 4. und 5. November 2013 wird eine hochrangige Energiekonferenz auf in Vilnius organisiert, bei der man sich auf die Fragen der Umsetzung der Energieprojekte mit gemeinsamem Interesse und Perspektiven der Energieinfrastruktur befassen wird. Diese Projekte sind wichtig bei der Schaffung moderner Energieinfrastrukturen der EU.
Litauen wird nach Fortschritten bei der Verstärkung der Außendimension der Energiepolitik der EU streben. Litauen beabsichtigt, die Schlussfolgerungen des Rates über diese Frage im Jahr 2011 zu erneuern, um die Einigung über weitere Schritte zur Stärkung der Außendimension der Energiepolitik und Sicherheit der Energieversorgung zu erreichen.
Litauen wird nach Fortschritten bei der Beurteilung der Angebote über die Verordnung zur Kraftstoffqualität und Verordnung zur Energie der erneuerbaren Ressourcen (ILUC directive) mit dem Europäischen Parlament streben. Die Verordnungen fördern die Verwendung umweltfreundlichster Biokraftstoffen im Transportsektor und Sicherung nachhaltiger Herstellung von Biokraftstoffen.
Da der Europäische Gerichtshof die Verordnung über die Mitteilung der Investitionsprojekte der Energieinfrastruktur des Jahres 2010 annullierte, beabsichtigt Litauen, nach dem Einverständnis mit dem Europäischen Parlament nach dem eingebrachten neuen Reglement zu streben.
Unter Rücksichtnahme auf den Plan zur Vorlage des Vorschlags der Biomassenstärkenkriterien der Europäischen Kommission wird Litauen nach wesentlichem Fortschritt bei der Beurteilung dieses Angebots streben. Man strebt damit danach, die mit der Biomassensammlung und -bearbeitung verbundenen Kosten zu bewerten und Kriterien festzusetzen, im Zusammenhang mit denen die Verwendung der Biomasse als den Zielen der Entwicklung der erneuerbaren Energieressourcen zuträglich gehalten würde.
Aufgrund des Grünen Buchs der Europäischen Kommission über die „Strategie der Klima- und Energiepolitik im Jahr 2030" und Resultate der öffentlichen Konsultationen im Zusammenhang mit der obengenannten Initiative wird Litauen einen Meinungsaustausch über diese Initiative im Rat organisieren, wenn das erforderlich ist. Das Ziel dieser Initiative ist, langfristige Investitionen in die Infrastruktur vorzusehen, die die Energieversorgungssicherheit, -stabilität, Bezahlbarkeit von Energieressourcenkrisen bei der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie sichert und Investitionen in die Entwicklung der Niedrigkohlendioxid-Wirtschaft fördert.

H. LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

Der Rat der Landwirtschaft und Fischerei analysiert im Teil der Landwirtschaft die Fragen, die mit der Errichtung und Umsetzung der Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik, Festsetzung der gemeinsamen Regeln des Binnenmarkts, Forstwesen, Pflanzenschutz, Lebensmittelschutz und Tiergesundheit verbunden sind. Im Teil der Fischerei werden die Fragen analysiert, die mit der Formulierung und Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik verbunden sind; man strebt danach, mäßige Verwendung der Fischressourcen und ihre taugliche Verwaltung zu sichern, Konkurrenzfähigkeit der Fischereiindustrie zu erhöhen und taugliche Produktionsqualität für die Verbraucher zu erhalten.

Während des Vorsitzes Litauens im Rat der EU wird man vorhaben, starke, innovative und umweltfreundliche Entwicklung der Land- und Lebensmittelwirtschaft und Fischerei in der Europäischen Union zu fördern.

H1. Landwirtschaft

Nach der Erreichung des interinstitutionellen politischen Einverständnisses über das Vorschlagspaket für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (CAP) wird Litauen die mit der Bestätigung dieses Pakets und seinem rechtzeitigen Inkrafttreten verbundenen Arbeiten anfangen und danach streben, sie zu beenden. Das Schwergewicht wird auf die Annahme des Angebots mit dem Europäischen Parlament gelegt werden, das die erforderlichen Übergangsrichtlinien der CAP im Jahr 2014 über bestimmte Aspekte der Reform der CAP festsetzt, die meistens mit dem System der direkten Auszahlungen und Übergangsrichtlinien in der Landentwicklung verbunden sind. Die Richtlinien dieses Angebots werden einen glatten Übergang von der gegenwärtigen Reglementierung der CAP zu den neuen Regeln der reformierten CAP sichern.

Unter Rücksichtnahme auf steigernde Liberalisierung des internationalen Handels und höhere Konkurrenz im Handel der Landwirtschaftsprodukte auf den Weltmärkten und bei der Bewertung eines Bedarfes, die Verbraucher des Binnenmarkts und der Drittländer über qualitative und gesunde Land- und Essenwirtschaftsprodukte der EU mit einem hohen Mehrwert besser zu informieren, wird man danach streben, eine zweckmäßige und ehrgeizige Strategie zur Förderung der zukünftigen Käufe dieser Produkte zu formulieren. Nachdem die Europäische Kommission ihren Vorschlag über die Informierungs- und Förderungsmittel für die Landwirtschaftsprodukte eingebracht hat, wird die Beurteilung dieses Vorschlags während der Periode der Vorsitzführung Litauens bei der Orientierung auf eine flexiblere Reaktion auf spezifische Bedarfe unterschiedlicher Märkte und Vereinfachung der Programmverwaltung anfangen.

Außerdem wird, wenn die Europäische Kommission einen Bericht über die Durchführung der Mittel für gemeinsame Marktorganisierung im Obst- und Gemüsesektor und ein entsprechendes Rechtschaffungsangebot einbringt, Litauen die Verhandlungen beginnen und nach wesentlichem Fortschritt im Zusammenhang mit dieser Frage streben. Das obengenannte Angebot wird bessere Verwaltung und Durchführung der mit den Organisationen der Hersteller und Fonds und Programmen ihrer Tätigkeit verbundenen Mittel für den Obst- und Gemüsesektor einschließen.

H2. Fischerei

Im Mai 2013 erreichten das Europäische Parlament und der Rat ein politisches Einverständnis über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP), deren Durchführung 2014 beginnt. Bei der Durchführung der neuen GFP wird man danach streben, dass die Tätigkeit der Fischerei und Aquakultur in der langfristigen Perspektive die Umweltschutz, wirtschaftliche und soziale Stärke sichert und zur Verpflegung der Verbraucher beiträgt.

Litauen wird während der Periode der Vorsitzführung das Schwergewicht auf die Erreichung einer politischen Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament über den Fonds der Meersachen und Fischerei Europas legen, aus denen die Durchführung der neuen GFP und nachträgliche Entwicklung des Fischerei- und Aquakultursektors im Jahr 2014-2020 finanziert werden wird.

Da Litauen die Wichtigkeit und Sensibilität dieser Frage versteht, wird es sich alle Mühe geben, um eine interinstitutionelle Lösung für jahrelange Ressourcenverwaltungspläne zu suchen, die Basis der neuen GFP sind.

Litauen wird viel Acht auf jährliche Festsetzung der gemeinsamen erlaubten Fangmengen und Verteilung der Fischereiquoten geben und nach dem im wirtschaftlichen, sozialen und Umweltschutzaspekt bilanzierten Einverständnis über die Möglichkeiten der Fischerei in der Ostsee, im Schwarzen Meer und anderen Überseegewässern im Jahr 2014 streben.

Während der Vorsitzführung wird Litauen in der Koordinierung der Position der EU und Vertretung an den Verhandlungen über die Bildung der Protokolle zu den Vereinbarungen der Fischereipartnerschaft mit den Drittländern sowie an den jährlichen Treffen der regionalen Fischereiverwaltungsorganisationen und Küstenstaaten teilnehmen.

H3. Tiermedizin, Lebensmittelsicherheit und Pflanzenschutz

Während der Vorsitzführung im Rat der EU wird Litauen nach einfacherer, klarerer und modernerer rechtlicher Reglementierung der EU in den Bereichen der Tier- und Pflanzengesundheit, Futter und Lebensmittel streben. Litauen wird das Schwergewicht auf das Angebot über das Reglement legen, damit die Verwaltungsrichtlinien der mit der Nahrungskette, Tiergesundheit und -wohlergehen und Pflanzengesundheit und Pflanzenvermehrungsmaterial verbundenen Kosten festgesetzt werden. Litauen wird vorhaben, effektive Beurteilung dieser Frage und den möglichst großen Progress zu sichern, um das Einverständnis bis zur Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2014 zu erreichen. Litauen wird auch nach wesentlichem Fortschritt bei der Fortsetzung der mit dem Paket der Rechtsakte zur Nahrungskette verbundenen Arbeit streben, was die Reglements zur Offiziellen Kontrolle, Tiergesundheit, Schutzmitteln gegen Pflanzenschädlinge, Zucht und Lieferung auf den Markt für Pflanzenvermehrungsmaterial einschließt.

Nachdem die Europäische Kommission ihre Vorschläge eingebracht hat, ist Litauen auch bereit, die Verhandlungen anzufangen und nach wesentlichem Fortschritt in der Überprüfung der Verordnungen über die

Tiermedizinarzneimitteln und Arzneifuttern, des Hygienepakets und der zootechnischen Rechtsakte zu streben.

H4. Forstpolitik

Während der Periode der Vorsitzführung in der EU wird Litauen erforderliche Acht auf koordinierte Durchführung der Prinzipien harmonischer Waldwirtschaft in den Mitgliedstaaten geben und anbieten, die Schlussfolgerungen über die neue Waldstrategie der EU im Rat anzunehmen. Dieses Waldpolitikinstrument auf EU-Ebene wird auf dem Subsidiaritätsprinzip und Respekt vor den nationalen Kompetenzen beruhen, und das Schwergewicht auf die Fragen des Klimawandels und der erneuerbaren Energie legen.

Unter Rücksichtnahme auf die Wichtigkeit des Waldzustandes und harmonischer Waldwirtschaft bei der Lösung der Probleme des Klimawandels, der biologischen Vielfalt, Luft-, Wasserqualität usw. initiierten die Mitgliedstaaten beim politischen Prozess „Wälder Europas" die Verhandlungen über die rechtlich verpflichtende Vereinbarung über die Wälder Europas an der Ministerkonferenz in Oslo im Jahr 2011. Litauen wird danach streben, die Mitgliedstaaten der EU bei der geplanten außergewöhnlichen Konferenz der Minister angemessen zu vertreten, wo man danach streben wird, die Verhandlungsresultate zu bestätigen.

I. UMWELT

Im Rat für Umwelt werden die Anforderungen an die Umweltschutzqualität beurteilt, damit die Wirtschaftstätigkeit harmonisch, bilanziert und nachhaltig ist, Erdressourcen verantwortlich verwendet werden und die für die Gesundheit eines Menschen notwendige Umwelt erhalten wird. Er beurteilt auch die Fragen der internationalen Zusammenarbeit bei der Lösung der regionalen und globalen Umweltschutzprobleme, besonders Probleme des Klimawandels und der globalen Erwärmung.

Gemeinsame Verpflichtungen, den Klimawandel zu vermindern, ein Ziel, die Naturressourcen sparsamer zu verwenden, und die Verantwortlichkeit für mögliche negative Konsequenzen für die zukünftigen Generationen bleiben eine wichtige Aufgabe in der Tagesordnung des Umweltrates des zweiten Semesters des Jahres 2013. Deshalb werden die Europäische Union und ihre Mitglieder gefördert, schneller zur wenig Kohlendioxid verbrauchenden Wirtschaft überzugehen, die den Nachhaltigkeitskriterien entsprechenden alternativen Energiequellen zu suchen, effektivere Abfallentsorgung zu sichern und die mit der Tätigkeit eines Menschen und ihrem Einfluss auf die Ökosysteme verbundenen Fragen zu lösen.

Der vorsitzführende Mitgliedstaat wird das Schwergewicht auf die Vervollkommnung der mit den Prinzipien harmonischer Entwicklung begründeten rechtlichen Regulierung und Verbesserung ihrer Durchführung legen, um das Recht eines Menschen zu sichern, in einer für die Gesundheit und das Wohlergehen günstigen Umwelt zu leben.

I1. Effektiver Umweltschutz

ÀBei der Vorsitzführung im Rat der EU wird Litauen bessere Einschließung der Umweltschutzanforderungen in andere politischen Bereiche der EU fördern und zur folgerichtigeren und besseren Durchführung der Umweltschutzanforderungen beitragen.

Litauen wird nach dem endlichen Einverständnis mit dem Europäischen Parlament über das Programm der Umwelt- und Klimapolitik (LIFE Reglement) streben, das die Finanzierung der Umweltschutzprojekte bis zum Jahr 2020 festsetzt. Dieses Programm wird eines der Mittel sein, die schnellere genaue Durchführung der Ziele zum Umgang mit Umweltschutz und Klimawandel und Integrierung in die sektoralen politischen Bereiche zu erreichen.

Litauen ist bereit, sich nach dem Einverständnis über die Überprüfung der Verordnung zur Bewertung des Einflusses auf die Umwelt zu streben, rationellere Lösungen zu suchen, die die Durchführung der Anforderungen und Bewertungsqualität verbessern, Prozeduren beschleunigen und keine zusätzliche administrative Last auslösen.

Litauen wird vorhaben, dass der Rat das Einverständnis mit dem Europäischen Parlament über das Reglement erreicht, das das Protokoll von Nagoya durchsetzt und Aktionen der EU für die Sicherung ehrlicher und richtiger Verwendung der genetischen Ressourcen vorsieht.

Nachdem die Europäische Kommission ihre Angebote über die Prävention des Einfallens invasiver Sorten und ihrer Ausbreitung,

Erhöhung der Kontrolle des internationalen Abfalltransports, der thermischen Strategie der Luftverschmutzung und Überprüfung der damit verbundenen Rechtsakte einbringt, beabsichtigt Litauen, Beurteilungen im Rat zu initiieren. Das Ziel der Angebote ist, eine negative Wirkung der invasiven Sorten auf die biologische Vielfalt der EU zu vermindern, sparsame Verwendung der Ressourcen und umweltsichere Abfallverwaltung zu sichern und ehrgeizige Ziele der Begrenzung des Schadstoffausstoßes und zusätzliche Mittel für die Verschmutzungsverminderung zu bewerten.

I2. Klimawandel

Der Klimawandel bleibt weiter eine Priorität der Politik der EU. Litauen wird das Schwergewicht auf die Erhaltung der Führung der EU und Koordinierung der Aktionen der EU in den internationalen Verhandlungen zum Klimawandel über das rechtlich verpflichtende Weltklimawandeleinverständnis nach dem Jahr 2015 legen. Litauen wird vorhaben, im Rat die gemeinsame Position der EU für die Verhandlungen über die zukünftige Struktur der Klimawandelpolitik bei der 19. Konferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Warschau im November 2013. Dort wird man auch über das neue Einverständnis über den Klimawandel diskutieren, das im Jahr 2020 in Kraft tritt, und andere Fragen werden auch besprochen werden, die mit der Vervollkommnung und Verstärkung des internationalen Klimawandelverwaltungsregimes, Förderung der Aktionen zur Anpassung an den Klimawandel, Anwendung der flexiblen Marktmechanismen, Entwicklung der umweltfreundlichen Technologien und Finanzierung der Aktionen der entwickelnden Länder verbunden sind. Litauen wird auch mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission über die Ratifikationsfragen der zweiten Verpflichtungsperiode des Protokolls von Kyoto kommunizieren.

Wenn es erforderlich ist, wird Litauen Diskussionen über die Klimawandel- und Energiepolitik der EU bis zum Jahr 2030 im Rat fortsetzen, mit denen man danach strebt, langfristige Investitionen in die Infrastruktur vorzusehen, die die Energieversorgungssicherheit, -stabilität, Bezahlbarkeit von Energieressourcen bei der Erhaltung der industriellen Konkurrenzfähigkeit sichert und Investitionen in die Entwicklung der Niedrigkohlendioxid-Wirtschaft fördert. Unter Rücksichtnahme auf die Resultate der öffentlichen Konsultationen und die von der Europäischen Kommission durchgeführte Wirkungsbewertung werden die Ziele der Verminderung des Treibhausgases und Erhöhung der erneuerbaren Energiequellen und Effektivität der Energie diskutiert werden.

Die Fragen zum Klimawandel haben einen Einfluss auf viele wichtige Sektoren – Industrie, Energie, Transport, Landwirtschaft und andere Wirtschaftssektoren. Die im Rat beurteilten Vorschläge zur Rechtschaffung betreffen die Erreichung der Ziele im Zusammenhang mit dem Klimawandel bei der Verminderung Treibhausgasemissionen in diesen Sektoren.

Litauen wird das Einverständnis mit dem Europäischen Parlament über das Reglement zur Verminderung der FCKW-Treibhausgase streben, das einen negativen Einfluss auf das Klima hat. Die im Reglement vorgesehenen Mittel werden zur Durchführung der Klimaziele der EU beitragen und die Industrie dazu anhalten, auf die Verwendung dieses Gases zu verzichten und es mit Alternativen ersetzen, die sowohl energiesparend als auch sicher sind.

Litauen wird bereit sein, dem Rat anzubieten, die Vorschläge der Europäischen Kommission über die Beobachtung der Meertransportemissionen zu beurteilen, damit man danach streben wird, diese Emissionen in die Verpflichtungen für die Verminderung der Menge des Treibhausgasemissionen einzuschließen.

Außerdem wird man im Rat nach Fortschritten bei der Beurteilung der Angebote über die Verordnung zur Kraftstoffqualität und Verordnung zur Energie aus erneuerbaren Ressourcen streben. Die Verordnungen fördern die Verwendung umweltfreundlichster Biokraftstoffe im Transportsektor und Sicherung nachhaltiger Herstellung von Biokraftstoffen.

I3. Internationale Zusammenarbeit

Litauen wird die Vorbereitung der EU für die Schlussetappe der Schließung eines internationalen Vertrages an der diplomatischen Quecksilberkonferenz koordinieren. Dort wird die Bemühungen der internationalen Gesellschaft festgelegt, die Verwendung von Quecksilber, seiner Verbindungen und sie enthaltende Produkte zu regulieren, die schädlich für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt sind.

Litauen wird danach streben, sich im Rat angemessen für die Teilnahme der EU am 25. Treffen der Länder des Protokolls von Montreal vorzubereiten, wo die globalen Aktionen besprochen werden, um die Ozonschicht zu schützen und Produktion und Verwendung ozonschädlicher Stoffe zu vermindern.

Bei der Vorsitzführung im Rat wird Litauen die Vorbereitung der EU für die Teilnahme an einem Hochpolitischen Forum koordinieren, das bei der Durchsetzung der Vereinbarungen der Konferenz harmonischer Entwicklung der Vereinten Nationen „Rio + 20" im Jahr 2012 geschaffen wird. Dieses Forum wird vorhaben, politisch zu leiten und die Durchführung harmonischer Entwicklung zu beobachten.

Bei der Vorsitzführung im Rat wird die Vertretung der EU an der 11. Konferenz der Staaten zum Kampf gegen fortschreitende Wüstenbildung, der Sitzung des Weltbiodiversitätsrat (IPBES) und im ständigen Komitee der Berner Konvention koordiniert werden.

Bei der Vorsitzführung im Rat wird Litauen die Vorbereitung der EU für die Teilnahme an einem Hochpolitischen Forum koordinieren, das bei der Durchsetzung der Vereinbarungen der Konferenz harmonischer Entwicklung der Vereinten Nationen „Rio + 20" im Jahr 2012 geschaffen wird. Dieses Forum wird vorhaben, politisch zu leiten und die Durchführung harmonischer Entwicklung zu beobachten.

J. BILDUNG, JUGEND, KULTUR UND SPORT

Der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport beurteilt die Fragen qualitativer Bildung und beruflicher Lehre, Aktivität junger Menschen und Gesundheitsverbesserung der Gesellschaft und macht Vorschläge, wie die Zusammenwirkung der nationalen Bildungssysteme bei der Schaffung einer für die Gesundheit eines Menschen und Kulturentwicklung günstigen Umwelt verbessert werden kann. Der Rat beurteilt und bestätigt Programme zusammen mit dem Europäischen Parlament, deren Ziel ist, die Kenntnisse des europäischen Kultur- und Geschichtserbes zu teilen und zu vertiefen, Kreativität und Alphabetisierung der Bürger mit Hilfe kultureller und audiovisueller Mittel zu erhöhen, Mobilität der Studenten, Lehrer und Lektoren zu fördern, Zusammenarbeit der Lehrsysteme mit der Wirtschaft zu verbessern und frühere Einschließung junger Menschen in den Arbeitsmarkt zu sichern.

J1. Bildung und Lehre

Litauen wird während der Periode der Vorsitzführung Acht auf die Wichtigkeit der Bildungs- und Lehrqualität und -effektivität bei der Durchführung des strategischen Programms zur Zusammenarbeit im Bereich der Bildung und Lehre Europas „ET 2020" („Education and training 2020") und Streben nach den Zielen der Strategie zur Steigerung der Wirtschaft der Europäischen Union „Europa 2020" geben.

Litauen wird danach streben, dass der Rat die Prozedur der Bestätigung der früheren Bildungs-, Lehr-, Jugend- und Sportinitiativen beendet, die in ein Programm „Erasmus für alle" im Jahr 2014 – 2020 eingeschlossen wurden. Mit dem Vorschlag wird effektivere Programmverwaltung und -finanzierung beim Streben nach den Zielen der Strategie „Europa 2020", des strategischen Programms „ET 2020" und Durchführung der Jugendstrategie gesichert werden.

Im Bereich der allgemeinen Bildung und beruflichen Lehre beabsichtigt Litauen, die Schlussfolgerungen vorzubereiten und zur Annahme durch den Rat anzubieten, mit denen man danach streben wird, Acht auf die Initiativen der Leitung in der Bildung, Aspekte der Wahl der Leiter der Bildungsinstitutionen, Prävention eines frühen Ausfalls aus dem Bildungssystem und Unternehmensgeistförderung in der Schule zu geben. Im Bereich der beruflichen Lehre wird Litauen während der Periode der Vorsitzführung im Rat auch Acht auf die Fragen der primären beruflichen Lehre geben, um das Angebot an erforderliche Fertigkeiten (skills) zu sichern und Reiz und Offenheit der dauernden beruflichen Lehre zu erhöhen.

Bei der Akzentuierung der Notwendigkeit und des Ziels, die Qualität und Konkurrenzfähigkeit der höheren Bildung Europas zu erhöhen, und als Reaktion auf die Initiative der Europäischen Kommission für Internationalisierung der höheren Bildung wird Litauen eine Diskussion über die Notwendigkeit der Modernisierung der höheren Bildung fortsetzen. Litauen beabsichtigt, die Annahme der Schlussfolgerungen des Rates über die Internationalisierung des Sekundärbildungssektors der EU vorzuschlagen, damit man Diskussionen darüber fördert, in welcher Weise der Sekundärbildungssektor Europas auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren und nach der Durchführung der Ziele der Strategie „Europa 2020" streben kann. Man wird diskutieren, wie Partnerschaften im Bereich der höheren Bildung einschließlich den mit den Nachbarländern der EU gefördert werden können, um die Leistungsfähigkeit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu erhöhen und die Rolle der Universitäten als Wissensvermittler zu fördern, damit bessere Sichtbarkeit der höheren Bildung der EU im internationalen Markt erreicht wird. Unter Rücksichtnahme auf die Wichtigkeit der Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern der EU und die in Litauen organisierten Diskussionen über die Internationalisierung der Hochbildung plant man, die Partner aus den östlichen Partnerschaftsländern einzuladen.

Litauen wird eine politische Diskussion über offene Bildungsressourcen und digitales Lernen im Rat organisieren. In der Periode schneller technologischer Informations- und Kommunikationsveränderungen werden diese Ressourcen zu einem sich immer weiter verbreitenden Werkzeug, dessen Ziel ist, virtuelle akademische Mobilität und Kenntnisaustausch zu fördern, interkulturelle Kommunikation im Bereich der Bildung zu sichern und nach starker Sozialentwicklung und wirtschaftlicher Steigerung zusammen zu streben. Unter Rücksichtnahme darauf wird Litauen im Rat empfehlen, über die Bedeutung der offenen Bildungsressourcen und digitalen Lehre, Mehrwert und gestellten Herausforderungen zu diskutieren.

J2. Jugend

Unter Rücksichtnahme darauf, dass die Einschließung junger Menschen, die nicht arbeiten, nicht lernen, keine Beschäftigung haben und keinen Organisationen angehören, in das aktive gesellschaftliche Leben eine immer wichtigere Aufgabe in vielen Staaten wird, wählte Litauen die Verbesserung der Sozialeinschließung der nicht-arbeitenden, nicht-lernenden und an der Lehre nicht-teilnehmenden jungen Menschen (NEET) als eine Priorität im Bereich der Jugendpolitik. Man beabsichtigt, die Schlussfolgerungen des Rates über diese Frage anzunehmen.

Um die Zusammenarbeit mit der Jugend der östlichen Partnerschaftsländer zu verstärken, beabsichtigt Litauen, das erste Treffen des Jugendforums der östlichen Partnerschaft zusammen mit der Jugendagentur der internationalen Zusammenarbeit in Kaunas vom 22. bis 25. Oktober 2013 zu organisieren, dessen Hauptthemen die Anerkennung der Arbeit mit der Jugend und informellen Bildung, Wichtigkeit für die Sozialeinschließung und Präsentation der Arbeit mit der Jugend und informellen Bildung in europäischen und Ostpartnerschaftsprozessen ihren mögliche Entwicklung sind.

J3. Kultur und Audiovisuelles

Litauen wird vorhaben, die Prozeduren zur Annahme der Programme der allgemeinen Unterstützung der Kultur und kreativen Sektoren „Kreatives Europa" und Gemeinschaftskunden Europas und Erhaltung des allgemeinen historischen Gedächtnisses „Europa für die Bürger" in der Periode 2014-2020 abzuschließen, um sie vom 1. Januar, 2014 durchzuführen.

Litauen wird auch danach streben, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu beenden, um den Beschluss über die Aktionen der EU in der Periode

2020-2033 zu bestätigen, die mit den Kulturhauptstädten Europas verbunden sind, damit eine reibungslose Fortsetzung einer der bekanntesten und von den Bürgern bestbewerteten Kulturinitiativen der EU gesichert wird.
Litauen wird im Rat nach einer gemeinsamen Stellungnahme auf die abgeänderte Verordnung reagieren, mit der man danach strebt, die Prozeduren der Rückgabe der illegal aus dem Territorium eines Mitgliedstaates abtransportierten Kulturobjekte zu erleichtern. Die in der Verordnung angebotenen Änderungen werden auf die Kulturobjekte angewandt werden, die als nationalen Werten eingeordnet werden, seit 1993 illegal abtransportiert wurden und sich jetzt im Territorium eines anderen Mitgliedstaates der EU befinden.
Im Bereich der Zugänglichkeit der Kultur in der digitalen Umwelt wird Litauen weiter die Entwicklung der öffentlichen digitalen Bibliothek Europas Europeana fördern, um weitere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit Europeana und Streuung des digitalen Kulturerbes zu erreichen. Nachdem die Europäische Kommission ihren Vorschlag eingebracht hat, wird das Thema des europäischen Kinos im digitalen Jahrhundert analysiert werden, und dem Rat wird vorgeschlagen werden, seine Empfehlungen über diese Frage zu bestätigen.
Litauen beabsichtigt, eine politische Diskussion über die Themen der von den modernen Technologien beeinflussten Umwelt der audiovisuellen Massenmedien im Rat zu initiieren, auf die Entwicklung der Smart TVs und Veränderungen im Markt der audiovisuellen Dienste und Massenmedien hinzuweisen, die immer höhere Konvergenz, in ihrer Verwendung und ihrer Bereitstellung aufweisen – z. B. gradueller Anschluss an die Dienste der traditionellen Übertragungs- und Internet-basierten Dienste. Litauen wird die Notwendigkeit betonen, Freiheit und Pluralismus der Massenmedien unter den neuen Bedingungen zu sichern.
Litauen wird während der Vorsitzführung auf die Erweiterung der Rolle der Kultur bei der Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen und Sicherung einer starken integrierten Steigerung, Zusammenwirkung zwischen der Kulturpolitik und anderen politischen Bereichen der EU, den mit Beweisen begründeten Bedarf an Änderung der Kulturpolitik hinweisen.

J4. Sport

Litauen wird nach dem Einverständnis der Mitgliedstaaten bei der Annahme der Empfehlung des Rates zur Gesundheitsverbesserung der Gesellschaft (Health enhancing physical activity - HEPA) streben. Das Ziel dieser Empfehlung ist, die Aufsicht der Durchführung der intersektoralen Programme zur physischen Aktivität zu fördern.
Bei der Verstärkung der Rolle des Sports als Sektor in der EU beabsichtigt Litauen, die Annahme von Schlussfolgerungen des Rates über den Sportbeitrag zur Wirtschaftssteigerung und Beschäftigung (sports input to the economy growth and employment) vorzuschlagen.
Außerdem plant Litauen, politische Diskussionen über die Prinzipien guter Regierung (good governance) im Sport im Rat zu organisieren, die nützlich für die Verbesserung der Managementfähigkeiten der Sportföderationen und Ethik im Sport wären.

FOR NOTES

FOR NOTES

PARTNERS